Tätigkeitsbericht 2021

Forschung | Forum | Fortbildung

iep Institut für Europäische Politik

Institut für Europäische Politik
Bundesallee 23
10717 Berlin
+49 (0)30 88 91 34 0

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

IEP_Berlin
@IEP.Berlin
iepberlin
company/iep-berlin

iep

Tätigkeitsbericht 2021

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis S. 4
Editorial S. 6

Europäische Integration S. 9

Publikationen

Vierteljahreszeitschrift: integration 2021 S. 10
Jahrbuch der Europäischen Integration S. 13
Taschenbuch „Europa von A bis Z“ S. 14
Der (europäische) Föderalist S. 15

Projekte

#EngageEUrCouncil Jugendbeteiligung und -begegnung für die Trio-EU-Ratspräsidentschaft S. 16
EU Idea – Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability S. 18
EUritage – A European Success Story S. 20
rEUnify – Unterschiede in nationalen Wahrnehmungen der deutschen Wiedervereinigung S. 21
Studie zur Stärkung der demokratischen Legitimation der EU S. 22
Studie zu Wertepräferenzen und politischen Trends in Mittel- und Osteuropa S. 24

Erweiterung, Nachbarschaft, Zentralasien S. 26

Projekte

EU Turkey Bridge - Eine Standing Group zu EU-Türkei Beziehungen S. 27
Eurasia Lab & Fellowship Program S. 28
GURN German Ukrainian Researchers Network S. 30
inforMD – Gegen Desinformation in der Republik Moldau S. 32
ReLoaD – Forschung zu lokaler Regierungsführung und Dezentralisierung S. 33
WB2EU – Europeanisation meets democracy from below: The Western Balkans on the search for new European and democratic momentum S. 34
Young Central Asia S. 35

Deutschland und Europa S. 37

Publikationen

#BerlinPerspectives S. 38
Handbuch zur deutschen Europapolitik S. 41

Projekte

Berlin Futures IEP Strategiegruppe zur Deutschen Europapolitik S. 42

Veranstaltungen

2021 Jahrestagung des IEP S. 43
DNBF – 13. Jahrestagung des Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums S. 44
Mittagsgespräche (digital) S. 46
(Online-) Bürgerdialoge S. 48

Hintergründe zur Arbeit des IEP S. 51

Kommunikationsaktivitäten - Analyse für 2021 S. 52
Gremien des IEP S. 56
Team des IEP S. 61

Impressum S. 62

2021

„Europa verstehen, Europa in die Zukunft denken“

Das Jahr 2021 war sowohl europapolitisch als auch mit Blick auf die Politikgestaltung in Deutschland spannend sowie wegweisend. Neben der andauernden COVID-19-Pandemie stand die EU auch vor gewaltigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationen, die sie bis heute vor Herausforderungen stellen. Klimawandel, Digitalisierung, soziale Ungleichheit, Migration, Gefährdung des Wertesystems, Europaskeptizismus, autokratische Tendenzen, die Bedrohung durch internationalen Terrorismus, Konflikte und Instabilität im geographischen Umfeld der EU sowie wachsende Großmachtkonflikte erforderten allesamt europäische Antworten.

Die strategische Agenda der EU hat für die Bewältigung dieser Herausforderungen bereits wichtige Schwerpunkte setzen können, um das europäische Projekt und seine Werte auch in Zukunft zu bewahren. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, für die notwendigen Entscheidungen zwischen den EU-Institutionen und Mitgliedstaaten Kompromisse zu finden. Zudem sind EU-Bürger:innen von langsamen, ihnen zuweilen fremd und intransparent erscheinenden europäischen Entscheidungsprozessen überfordert.

Im Herbst 2021 waren dann die Bürger:innen in Deutschland aufgefordert eine neue Bundesregierung zu wählen. Damit wurde das Ende der Ära-Merkel eingeleitet und eine Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen – die sog. Ampelkoalition – übernahm die Regierungsgeschäfte im Dezember 2021.

Als eine der führenden unabhängigen, außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen Deutschlands arbeitet das Institut für Europäische Politik (IEP) an der Schnittstelle zwischen Forschung, Politikgestaltung und politischer Bildung.

Für die Fokussetzung im Jahr 2021 konnte das IEP daher aus einer breiten Themenpalette, wählen. Eine maßgebliche Rolle für die Analysen und Aktivitäten spielten die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft aus dem Jahr 2020, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die europäische Integration, die europapolitische Begleitung der Bundestagswahl sowie die Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE). Diese wichtigen europapolitischen Ereignisse erforderten eine detaillierte Untersuchung und Aufbereitung für verschiedene Zielgruppen, um das Verständnis der (deutschen) Europapolitik zu fördern und zu verbreiten. Dies entspricht dem Satzungszweck, nach dem das IEP Analysen und Fakten über EU-Institutionen, Politik und Werte aufbereitet und an wichtige Multiplikator:innen sowie die breite Öffentlichkeit vermittelt. So wollen wir als IEP Lösungen für europäische Probleme durch Forschung, Dialog und Vernetzung mit Bürger:innen, Think Tanks, Akademiker:innen, NGOs, Politiker:innen und Entscheidungsträger:innen auf nationaler und EU-Ebene entwickeln.

Neben den Standardpublikationen des IEP – Vierteljahreszeitschrift *integration*, *Jahrbuch der Europäischen Integration* und dem *Taschenbuch der europäischen Integration: Europa von A bis Z* – die die Themen der europäischen Integration breit behandeln, unterhält das IEP mit den *#BerlinPerspectives* auch eine englischsprachige Policy-Paper-Reihe. Diese diskutiert die deutsch-europapolitische Debatte zu ausgesuchten Themen. In 2021 waren diese: Belarus ein Jahr nach den Wahlen, Erwartungen an die neue Ampelkoalition und die Klimakrise.

Darüber hinaus veröffentlichte das IEP in 2021 Analysen zur Stärkung der demokratischen Legitimation im Kontext der CoFoE. Diese wurden mit verschiedenen Konferenz- und Workshopformaten begleitet. Besonders interessant war dabei der Ideenentwicklungsprozess zur Zukunft Europas mit einer ausgesuchten Gruppe von Jugendlichen aus Deutschland, Portugal und Slowenien.

Das Motto „Europa verstehen, Europa in die Zukunft denken“ war auch der Leitgedanke der IEP-Mittagsgespräche, der IEP-Jahreskonferenz, des Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums sowie der IEP-Strategiegruppe im Jahr 2021. Letztere fand unter dem Vorsitz von Botschafter Andreas Peschke, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, und Prof. Dr. Gaby Umbach, Europäisches Hochschulinstitut Florenz und IEP-Vorstandsmitglied, statt. Das IEP kooperierte dabei mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz. Grundlage für die Arbeit der Strategiegruppe waren vier vom ISI im Rahmen des Horizont-2020-Projekts *TRIGGER – Trends in Global Governance and Europe's Role* entwickelte Zukunftsszenarien für das globale Regieren und die Rolle der EU darin für die Zeitspanne bis 2050. Diese Szenarien dienten als Startpunkt, um neue Impulse und die Neuausrichtung der Prioritäten für die deutsche Europapolitik im Nachgang zu der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu entwickeln.

Das IEP hat auch im Jahr 2021 den Blick über die Grenzen der EU hinaus gerichtet. Dabei spielten sowohl Analysen zum demokratischen Momentum in der Erweiterungspolitik mit den Staaten des Westbalkans als auch verschiedenste Netzwerkprojekte mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Think Tanks und jungen Wissenschaftler:innen aus der Ukraine und Zentralasien eine große Rolle. Mit der *EU-Turkey Bridge – A Standing Group on EU-Turkey Relations* knüpft das IEP an die Türkeistudien früherer Projekte an.

Die Analysen und Aktivitäten des IEP im Jahr 2021 haben spannende Erkenntnisse geliefert und die Netzwerke des IEP ausgebaut. Wir bedanken uns bei all unseren Kooperationspartner:innen, Fellows, Teilnehmer:innen unserer Veranstaltungen und unserer Projekte sowie bei unseren Mittelgeber:innen.

Funda Tekin und Katrin Böttger

Europäische Integration

Ein besonderer Forschungsfokus des IEP liegt traditionell auf der Analyse von Grundsatzfragen der europäischen Integration.

Aktuelle Reformdebatten und europapolitische Langzeittrends werden aus Sicht verschiedener Akteur:innen kontinuierlich analysiert und interdisziplinär bewertet. Wichtige Themen sind Institutionen und Reformen der EU, europäische Demokratie und Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit, Europaskeptizismus und Populismus, sowie die differenzierte Integration.

Vierteljahreszeitschrift: integration 2021

Die Vierteljahreszeitschrift „integration“ richtet sich an alle, die sich in Wissenschaft, Bildung, Politik, Administration und in den Medien mit europäischen Fragen beschäftigen. Sie ist ein theoriegeleitetes und politikbezogenes interdisziplinäres Forum zu Grundsatzfragen der europäischen Integration. Aktuelles aus der Europapolitik wird aus politischer und akademischer Perspektive diskutiert.

Die *integration* wird von einem Herausgeber:innengremium unter Vorsitz von Prof. Dr. Frank Schimmelfennig für das Institut für Europäische Politik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e. V. herausgegeben. Die *integration* wird vom Auswärtigen Amt gefördert.

integration 01/21

Wie die deutsche Bundesregierung die hohen Erwartungen an ihre Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 erfolgreich erfüllen und Kompromisse bei großen Vorhaben wie dem mehrjährigen Finanzrahmen oder den Abkommen mit Großbritannien und China erreichen konnte, erläutern Katrin Böttger und Mathias Jopp.

Aufgabe der nachfolgenden Präsidentschaft Portugals ist es nun, die Beschlüsse umzusetzen und sich auch solchen Themen zuzuwenden, die im letzten Halbjahr 2020 nicht mehr angegangen werden konnten, erklärt Minna Ålander. In ihrem Forumsbeitrag zeigt sie die Möglichkeiten auf, die Portugal hat, um eigene Prioritäten zu setzen.

Vittoria Meißner et al. ziehen aus der einschneidenden Pandemieerfahrung Schlüsse für die zukünftige Widerstands- und Handlungsfähigkeit der EU nach innen wie nach außen bei globalen Herausforderungen.

Auch bei der Einigung auf eine Rechtsstaatskonditionalität bei der Verteilung von EU-Mitteln war die COVID-19-Pandemie entscheidend. Sie verlieh dem Thema neue Dringlichkeit und öffnete ein „Window of Opportunity“, wie Ellen Bos und Kristina Kurz in ihrem Beitrag diskutieren. Florian Trauner analysiert in seinem Artikel das von der Kommission vorgestellte Asyl- und Migrationspaket und legt Idee und Funktionsweise des neuen Ansatzes einer „verpflichtenden, aber flexiblen Solidarität“ dar.

Link: integration 01/21

integration 02/21

In weiten Teilen Europas normalisiert sich das gesellschaftliche Leben angesichts niedriger COVID-19-Fallzahlen bei steigenden Impfquoten. Doch die sogenannte Delta-Variante hält die Politik in Atem, die Corona-Krise bleibt eine einschneidende Erfahrung. Inwiefern die Pandemie und ihre Bekämpfung auch die deutsche Europapolitik verändert hat, ist eine der Fragen dieser Ausgabe. Weitere Beiträge befassen sich mit aktuellen Entwicklungen in der EU-Sozialpolitik, dem Brexit als „wicked problem“, der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, der Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas sowie der europäischen Chinapolitik.

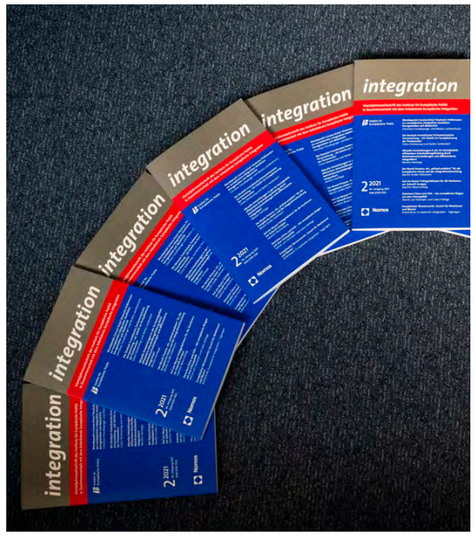
Christian Freudlsperger und Markus Jachtenfuchs betrachten deutsche Präferenzen in der Integration staatlicher Kerngewalten seit dem Vertrag von Maastricht und konstatieren der deutschen Europapolitik auch in der Corona-Krise große Kontinuität.

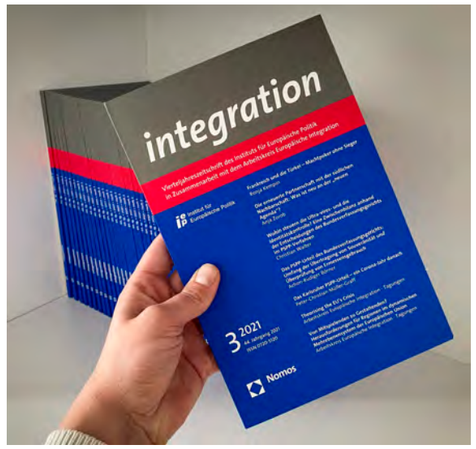
Claire Demesmay und Stefan Seidendorf geben einen Einblick in die neu geschaffene Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung und diskutieren das Potenzial zwischenparlamentarischer Kooperation zur Stärkung der nationalen Parlamente in der EU-Politik. Ob und in welchen Bereichen die EU-Sozialpolitik durch Mehrheitsentscheidungen und differenzierte Integration effizienter werden könnte, erörtert Miriam Hartlapp.

Martin Große Hüttmann analysiert den Brexit-Prozess als „wicked problem“, der die Integrationsforschung mit mehr Fragen als Antworten zurücklässt. Welche Lehren aus dem Konvent zur Zukunft Europas 2002/2003 für die Gestaltung der kürzlich gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas gezogen werden können, schildert Joachim Wuermeling.

Henrik von Homeyer und Lukas Kolloge skizzieren das Ringen Europas um eine gemeinsame Chinapolitik zwischen einer eigenständigen und einer transatlantisch abgestimmten Strategie. Lisa Marie Kraul berichtet von der Jahrestagung des Arbeitskreises Europäische Integration zum Nutzen des Binnenmarktes für die EU-Bürger:innen.

Link: integration 02/21





integration 03/21

Ronja Kempin schreibt über das erkaltete außenpolitische Verhältnis zwischen Frankreich und der Türkei. Darüber hinaus nimmt sie die sich daraus ergebenen Möglichkeiten für eine Neujustierung der Türkeipolitik der EU sowie die Rollenverteilung der (außenpolitischen) EU-Institutionen in den Blick.

Im Beitrag von Anja Zorob wird der Bogen der europäischen Beziehungen zur Nachbarschaft noch etwas weiter gespannt: Dort steht die „neue Agenda“ der EU für den Mittelmeerraum im Fokus.

Christian Walter zieht in seinem Forumsbeitrag zum PSPP-Urteil eine erste Bilanz und diskutiert die Auswirkungen des Beschlusses auf die Beziehungen zwischen Unionsrecht und Grundgesetz.

Für Achim-Rüdiger Börner hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht nur konkrete Folgen für die gesamte Union, sondern stellt zugleich das innereuropäische Geflecht von Souveränität und Kontrollfunktionen infrage. Einen anderen Blickwinkel liefert Peter-Christian Müller-Graff, der die Chancen zur Modernisierung der Wahrnehmung des EU-Rechts betrachtet, die sich für die betroffenen Gerichte (EuGH und BVerfG) durch das Urteil nach einem Jahr Pandemie ergeben haben.

Über die internationale Konferenz des Arbeitskreises Europäische Integration zur Krisenrhetorik im Zusammenhang mit der EU berichten Meike Schmidt-Gleim und Claudia Wiesner.

Zur Tagung, die sich mit der Rolle der Regionen im Mehrebenensystem der Union befasst hat, berichtet Mirjam Zillober.

Link: integration 03/21

integration 04/21

Wulf Reiners liefert eine Bestandsaufnahme der Digitalisierungsstrategie der Europäischen Union (EU) und eine Übersicht über das Framing der EU in diesem Bereich.

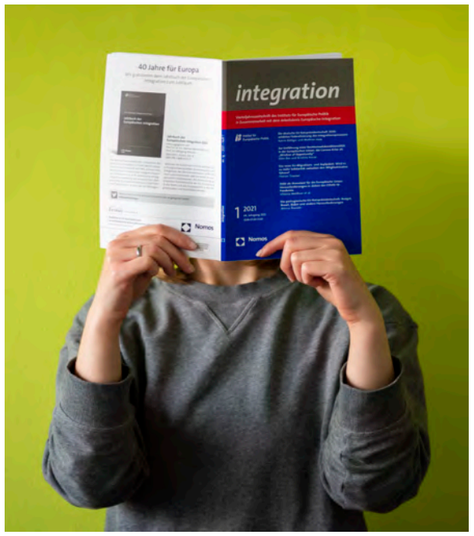
Michèle Knodt, Rainer Müller, Sabine Schlacke und Marc Ringel befassen sich mit dem Klimapaket „Fit for 55“ der Europäischen Kommission.

Mariano Barbato analysiert die Beziehungen zwischen EU und Indien und die Erfolgsaussichten für den Freihandel.

Hartmut Marhold betrachtet in einem Forumsbeitrag die Lehren, die aus der Krisenpolitik nach 2008 für das aktuelle Pandemiemanagement gezogen werden können.

Neue Ideen für Theorie und Praxis der europäischen Integration diskutieren Manuel Müller anhand des kosmopolitisch-demokratischen Narrativs der europäischen Integration, mit der der supranationale Charakter der EU legitimiert werden kann, sowie Martin Selmayr in einem Plädoyer für einen (nicht zwei) Präsident:innen an der EU-Spitze.

Link: integration 04/21



Geschäftsführende Redaktion

Dr. Funda Tekin (Schriftleitung, V. i. S. d. P.)
Yvonne Braun, Redaktionsassistentin
Sabine Hoscislawski, Redaktionsassistentin
David Nonhoff, Redaktionsassistent
Sabine Schittek, Redaktionsassistentin
Katharina Kleinschnitger, Redaktionsassistentin für den Arbeitskreis Europäische Integration

Herausgeber:innengremium

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig (Vorsitz), Zürich
Dr. Katrin Böttger, Berlin
Prof. Dr. Thomas Christiansen, Rom
Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Mannheim
Prof. Dr. Mathias Jopp, Berlin
Prof. Dr. Michèle Knodt, Darmstadt
Dr. Barbara Lippert, Berlin
Prof. Dr. Hartmut Marhold, Berlin
Prof. Dr. Franz Mayer, Bielefeld
Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff, Heidelberg
Prof. Dr. Martin Nettesheim, Tübingen
Prof. Dr. Joachim Schild, Trier
Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Köln

Laufzeit

01.01.1980 – andauernd

Team

Dr. Funda Tekin,

Sabine Hoscislawski

Partner

Auswärtiges Amt

Jahrbuch der Europäischen Integration

Die Covid-19-Pandemie hat Europa in seinen Grundfesten erschüttert, aber auch zu neuen Integrationsschritten geführt. Im „Jahrbuch der Europäischen Integration“ 2021 zeichnen führende Expert:innen alle wichtigen europapolitischen Entwicklungen des Jahres 2020/2021 nach.

Die Pandemie hat zu einem der wichtigsten Integrationsschritte der jüngsten Vergangenheit geführt: Mit dem Wiederaufbaufond NextGenerationEU hat die EU zum ersten Mal in ihrer Geschichte gemeinsame Schulden an den Finanzmärkten aufgenommen. Was als zeitlich begrenzte Ausnahme konzipiert ist, könnte langfristig den Weg zu einer Fiskalunion ebnen. Die Verhandlungen über und die Verabschiedung des NextGenerationEU werfen Licht auf die Funktionsweise der EU: Mitgliedstaaten ringen um die genaue Ausgestaltung, die EU-Institutionen wollen ihre Positionen stärken und einflussreiche Politiker:innen schaffen es, in nächtelangen Verhandlungen Kompromisse zu erzielen. Das Jahrbuch beschreibt diese teils dramatischen Prozesse im Detail und beleuchtet ihre Hintergründe.

Doch die Pandemie war nicht das einzig bestimmende Thema der europäischen Bühne von Mitte 2020 bis Mitte 2021. Die deutsche Ratspräsidentschaft, die *Konferenz zur Zukunft Europas* und die Umwelt- und Klimapolitik haben die Debatten mindestens ebenso stark geprägt. Außenpolitisch betrachten die Beiträge insbesondere die Beziehungen zu den USA und China sowie den Abschluss des knapp fünfjährigen Brexit-Prozesses mit weiter konfliktbehaftetem Ausgang.

Das *Jahrbuch der Europäischen Integration 2021* bündelt damit nicht nur die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, sondern führt auch die seit 1980 bestehende Jahrbuchreihe fort. Als Chronik der Union ermöglichen die Jahrbücher langfristige Vergleiche und Einordnungen, sowie kritische Auseinandersetzung mit der EU über lange historische Zeiträume.

Das *Jahrbuch* ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, Berlin, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Centrum für Türkei- und EU-Studien der Universität zu Köln verwirklicht wird.

Publikationen und Veranstaltungen

- *Jahrbuch* Snap Shot: Die öffentliche Meinung (17.12.2021) - Wie die wirtschaftliche Lage das Ansehen der EU beeinflusst und ob die polnische Bevölkerung so EU-skeptisch ist, wie ihre Regierung, beantwortet Dr. Thomas Petersen im Video-Interview.

Link: Jahrbuch Snap Shot

Link: Jahrbuch der Europäischen Integration 2021

Laufzeit

01.01.1980 – andauernd

Team

Dr. Funda Tekin,

David Nonhoff

Partner

Auswärtiges Amt

Taschenbuch „Europa von A bis Z“

Ob Umwelt- und Klimapolitik, EU-Verträge oder Europaskeptizismus – das Taschenbuch „Europa von A bis Z" liefert in über 100 Sachbeiträgen Einblicke in die wichtigsten Themen und Begriffe der europäischen Zusammenarbeit seit Winston Churchills Rede 1946 über die „Vereinigten Staaten von Europa“ bis heute.

Renommierte Autor:innen erklären wissenschaftlich fundiert und verständlich alle wichtigen Themen und Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte der europäischen Einigung. Das Taschenbuch richtet sich an alle Europa-Interessierten, die sich gezielt und zuverlässig über den neuesten Stand in europapolitischen Fragen informieren wollen. Vorkenntnisse sind dabei nicht notwendig. Das Taschenbuch erscheint in aktualisierter und erweiterter Fassung in der 15. Auflage und als „living edition“ auf „Springer Link“.

Durch die Veröffentlichung der Beiträge online in der „living edition“ ist die Aktualisierung des Taschenbuchs von der Publikation als Printausgabe entkoppelt und ermöglicht so den Autor:innen, ihre Beiträge kontinuierlich zu aktualisieren und auch kurzfristig neue Entwicklungen aufzugreifen.

Letzteres gilt auch für gänzlich neue Beiträge wie bspw. zur Konferenz zur Zukunft Europas oder zur Aufbau- und Resilienzfazilität, die unkompliziert in den Korpus des Taschenbuchs aufgenommen werden können.

Seit Veröffentlichung der Printversion in ihrer 15. Auflage Ende 2020 ist die Anzahl der Beiträge bis Ende 2021 auf 110 Texte angestiegen.

Alle Beiträge sind einheitlich aufgebaut und beinhalten folgende Bestandteile:

- kondensierte Zusammenfassung des Themas
- Schlüsselwörter
- Faktenkasten (Vertragsgrundlage, Ziele, Instrumente und Budget eines Politikfeldes bzw. Vertragsgrundlage, Zusammensetzung, Sitz, Kompetenzen, Aufgaben und Entscheidungsverfahren von Institutionen, Internetverweise)
- Haupttext
- weiterführende Literatur und Dokumente

Herausgeber:innen

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Prof. Dr. Wolfgang Wessels
Dr. Funda Tekin

Link: Taschenbuch „Europa von A-Z“

Laufzeit

01.01.1991 – andauernd

Team

Dr. Funda Tekin, Sabine Hoscislawski

Partner

Auswärtiges Amt

Der (europäische) Föderalist

Das Blog fragt nach Chancen und Voraussetzungen einer überstaatlichen Demokratie. Ausgehend von tagesaktuellen Debatten analysiert „Der (europäische) Föderalist“ europäische und globale Verfassungspolitik und präsentiert Reformvorschläge.

Das Blog *Der (europäische) Föderalist* begleitet seit Oktober 2011 die Debatte über die Zukunft der Demokratie auf europäischer und globaler Ebene. Mit mehreren Beiträgen im Monat ordnet es aktuelle Ereignisse in größere verfassungspolitische Zusammenhänge ein. Als erstes europäisches Medium veröffentlicht *Der (europäische) Föderalist* seit 2014 auf Grundlage nationaler Wahlumfragen regelmäßige Sitzprojektionen für das Europäische Parlament. Interaktive Elemente wie der europapolitische Wahlkompass zur Bundestagswahl 2017 machen politische Positionen und Verfahren anschaulich.

Das Blog richtet sich sowohl an ein Fachpublikum als auch an eine breitere europapolitisch interessierte Öffentlichkeit. Betreiber und Hauptautor des Blogs ist Dr. Manuel Müller. Darüber hinaus erscheinen auf dem Blog Gastbeiträge von und Interviews mit europäischen und nationalen Politiker:innen, Wissenschaftler:innen sowie Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Ausgewählte Blogartikel 2021

- Ein bisschen Einheit in Vielfalt: Wie die Europaabgeordneten während der Covid-19-Pandemie abstimmten (22.02.2021):
  Der Artikel betrachtet die Abstimmungen des erst frisch gewählten Europaparlaments (Mai 2019). Es zeigt sich, dass die Abgeordneten innerparteilicher geschlossener abstimmten und fraktionsübergreifend Unterstützung für die Vorschläge zur Pandemiebekämpfung geäußert wurde.

Link zum Artikel

- „Großer Doppelhut“ aus Kommissions- und Ratspräsidentschaft: mehr Verwirrung als Lösung (20.05.2021):
  Der Artikel geht der wiederkehrenden Frage nach, ob das EU-Parlament sowohl eine:n Kommissionspräsident:in als auch eine:n Präsident:in des Europäischen Rates benötigt, oder ob eine Doppelbesetzung sinnvoll wäre. Der Text plädiert dafür, den Europäischen Rat und die Kommission institutionell in ihren jeweiligen Legitimations- und Verantwortungsstrukturen klar getrennt zu lassen, um mehr Handlungsspielraum zu gewährleisten.

Link zum Artikel

- Eine Ampel für Europa: Perspektiven nach der Bundestagswahl in Deutschland (05.11.2021):
  Die Zukunft der EU wird angesichts des Green Deals, des Migrationspaktes und der Beziehung zu China holprig sein.
  Als größten Mitgliedsstaat trifft Deutschland eine besondere Verantwortung. Die frisch gewählte pro-europäische Ampelregierung verspricht einen Neuanfang, vor allem hinsichtlich Reformen des europäischen Integrationsprozesses, oder der Außen- und Sicherheitspolitik, argumentiert der Artikel.

Link zum Artikel

Laufzeit

01.10.2011 – 31.12.2021

Team

Dr. Manuel Müller

#EngagEUrCouncil Jugendbeteiligung und –begegnung für die Trio-EU-Ratspräsidentschaft

Das Projekt #EngagEUrCouncil bot jungen Menschen aus Deutschland, Slowenien und Portugal anlässlich der Trio-EU-Ratspräsidentschaft dieser Länder die Möglichkeit, gemeinsam informationsbasiert (europa)politische Forderungen zu entwickeln und in relevanten politischen Formaten gegenüber Entscheidungsträger:innen und der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Aufgrund der Beschränkungen durch die Covid-19-Pandemie wird der Prozess der Ideenentwicklung zur Zukunft der Europäischen Union in einer virtuellen Denkfabrik umgesetzt, in der die jungen Teilnehmenden in interaktiven, digitalen Workshops und auf einer Online-Plattform gemeinsam Forderungen entwickeln. Unterstützt werden sie durch den Austausch mit Expert:innen aus Politik und Wissenschaft.

Im Jahr 2021 stand einerseits die Implementierung des dritten Projektzyklus zur slowenischen Ratspräsidentschaft im Fokus, andererseits wurde das Projekt ausgeweitet, um eine Verknüpung mit der Konferenz zur Zukunft Europas herzustellen. Hierzu wurde eine Laufzeitverlängerung von *#EngagEUrCouncil* beantragt.

Im dritten Zyklus wurde insbesondere auf eine noch stärkere Vernetzung der Teilnehmenden untereinander abgezielt. Zur Konferenz zur Zukunft Europas lud das IEP darüber hinaus im November 2021 Teilnehmende aus allen Zyklen zur gegenseitigen Vernetzung sowie (Weiter-)Entwicklung von Ideen nach Berlin ein. Die entstandenen Forderungen wurden auf dem Online-Portal der Zukunftskonferenz hochgeladen und trugen so zur europäischen Debatte bei.

Publikationen und Veranstaltungen

- *Youth Ideas for the Slovenian Council Presidency*: (01.06.2021) Die „Youth Ideas“ sind das Ergebnis intensiver Diskussionen über die Sicht der Jugendlichen auf aktuelle Herausforderungen in den Bereichen Digitalisierung, Klima, Erweiterung und Gesundheit.

Link: Youth ideas for the Slovenian Council presidency 01.06.2021

- Projektzyklus 3 – Abschlussbericht (08.09.2021): Junge Bürger:innen haben Ideen für die slowenische EU-Ratspräsidentschaft entwickelt. Die Ergebnisse des Entwicklungsprozesses in den Arbeitsgruppen Klima-, Gesundheits- und Erweiterungspolitik sowie Digitalisierung sind im Abschlussbericht des dritten Zyklus verfügbar.

Link: Projektzyklus 3 Abschlussbericht

- *#EngagEUrConference: Forum for Young Ideas for the Future of Europe*: Die Diskussionen der Konferenz zur Zukunft Europas nahm #EngagEUrCouncil zum Anlass, den begonnenen Ideenentwicklungsprozess auszuweiten und zu vertiefen. Projektteilnehmer:innen trafen sich in Berlin für eine gegenseitige Vernetzung und zur (Weiter-)Entwicklung ihrer Ideen in den Bereichen „Klimapolitik“ und „EU in der Welt“.

Link: Youth Ideas for the Conference on the Future of Europe

- Junge Stimmen zur *Konferenz zur Zukunft Europas* (13.12.2021): Empowerment, Partizipation, Menschenrechte – Was erwarten junge Europäer:innen von der Konferenz zur Zukunft Europas? Junge Europäer:innen formulieren ihre Wünsche in einem Wort. Wir haben das gefilmt.

Link: Junge Stimmen zur Zukunft Europas

- Öffentliche Diskussion zur Zukunft Europas (13.12.2021): Junge europäische Bürger:innen stellen konkrete Forderungen und politische Empfehlungen zu den Bereichen "EU in der Welt" und "Klimawandel und Umwelt" vor, die sie im Rahmen der Tagung *#EngagEUrConference: Forum for Young Ideas for the Future of Europe* erarbeiteten. Diese wurden mit zwei Mitgliedern der Konferenz zur Zukunft Europas debattiert: Daniel Freund (Mitglied des Europäischen Parlaments, Greens/EFA) sowie Nik Prebil, Mitglied der Staatsversammlung der Republik Slowenien (Liste Marjan Šarec)

Link: Öffentliche Diskussion zur Zukunft Europas

Laufzeit

01.01.2020 – 30.04.2022

Team

Dr. Funda Tekin,

Simone Klee,

Jana Schubert

Partner

STIFTUNG MERCATOR

Europe for Citizens

IPRI
INSTITUTO PORTUGUÊS DE RELAÇÕES INTERNACIONAIS
UNIVERSIDADE NOVA DE LISBOA

University of Ljubljana
Faculty of Social Sciences
Centre of International Relations

TEPSA

EU IDEA – Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability

„Die institutionelle Weiterentwicklung muss Kohärenz und Konsistenz mit Elastizität und Flexibilität verbinden. Die Institutionen der Union müssen so weiterentwickelt werden, dass sie flexibel genug sind, um natürliche Spannungen in einer vom Nordkap bis Gibraltar reichenden Gemeinschaft auszugleichen, differenziert genug, um einer unterschiedlichen Integrationsfähigkeit (und -willigkeit) Rechnung zu tragen, und andererseits fest genug, um die Handlungsfähigkeit der Union angesichts außergewöhnlich großer Herausforderungen zu stärken.“

Wolfgang Schäuble und Karl Lamers (1994)

Hauptziel des Projekts war die Beantwortung der Frage, ob, wie viel und welche Form der Differenzierung nicht nur mit einer effektiveren, kohäsiveren und demokratischeren EU vereinbar, sondern ihr auch förderlich ist. Differenzierung war von Anfang an Teil des europäischen Integrationsprojekts.

Die Eurozone und der Schengen-Raum haben diesen Trend zu langfristigen Projekten einer differenzierten Integration zwischen den EU-Mitgliedstaaten weiter gefestigt.

Einreichung beim „Framing Brexit: EU IDEA visual and video award“ 2020

Eine Reihe interner und externer Herausforderungen für die EU, darunter die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Migrationspolitik, erneute geopolitische Spannungen und der Brexit, haben jedoch die Überzeugung gestärkt, dass innerhalb der komplexen EU-Maschinerie mehr Flexibilität erforderlich ist. So wurde beispielsweise im Bereich der Verteidigung eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) ins Leben gerufen, die es Gruppen von willigen und fähigen Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Kräfte durch neue, flexible Vereinbarungen zu bündeln.

Die Grundaussage des Forschungsprojekts *EU IDEA* war, dass Differenzierung nicht nur notwendig ist, um aktuelle Herausforderungen effektiver zu bewältigen, sondern auch wünschenswert, solange diese Flexibilität mit den Kernprinzipien der EU vereinbar, im Hinblick auf die Governance nachhaltig und für die EU-Bürger:innen, die Mitgliedstaaten und die betroffenen Drittpartner akzeptabel ist.

Das Projekt brachte 15 EU- und Nicht-EU-Partner zusammen, die vom Istituto Affari Internazionali (IAI) von Januar 2019 bis April 2022 koordiniert werden. Die Ergebnisse werden genutzt, um die - institutionellen, politischen und sozialen - Kriterien für die Analyse zukünftiger Szenarien einer differenzierten Integration (oder Desintegration) zu definieren und Empfehlungen für europäische und nationale Institutionen auszuarbeiten.

Das IEP koordinierte im Rahmen des Projekts zwei Work Packages (WP):

- Narrative über europäischen Konstitutionalismus und Identität (WP3)
- Nationale Präferenzen zur EU (WP8)

Mehr Informationen zum Projekt

Link: euidea.eu

Publikationen

- Differenzierte Integration als bewusste politische Entscheidung. Sollte die differenzierte Integration mehr als nur der Kollateralschaden blockierter Verhandlungen zur EU Integration sein? Das *EU-IDEA Policy Paper on Political Opinion* präsentiert eine detaillierte Analyse und Empfehlung zu Differenzierung als bewusste Politikentscheidung.

Link: Policy Paper on Political Opinion

Laufzeit

01.01.2019 – 30.04.2022

Team

Dr. Funda Tekin,

Dr. Vittoria Meißner

Partner

European Commission

Istituto Affari Internazionali

CENTRE FOR EUROPEAN REFORM

CIDOB

FIIA FINNISH INSTITUTE OF INTERNATIONAL AFFAIRS

IDSCS Institute for Democracy Societas Civilis -Skopje

Prague Institute of International Relations

25 Years of Europe Jacques Delors Institute

NUPI Norwegian Institute of International Affairs

Sabancı Üniversitesi

Université de Genève

university of groningen

EUritage – A European Success Story

Das Projekt stärkt das Bewusstsein junger Europäer:innen für die demokratischen Revolutionen in Mitteleuropa sowie den EU-Beitritt dieser Region. EUritage diskutiert die Relevanz der Ereignisse für eine europäische Erinnerungskultur.

Im Jahr 1990 endet die Teilung Europas mit den demokratischen Umbrüchen in vielen Ländern Mitteleuropas und mit der deutschen Wiedervereinigung. 15 Jahre später traten 10 Staaten der Europäischen Union bei und setzten damit die europäische Integration der Region fort. Diese historischen Ereignisse gehören nun zu einem gemeinsamen europäischen Erbe. Sie verbinden europäische Bürger:innen als Teil einer gemeinsamen Wertegemeinschaft. Ein gemeinsames Verständnis des Erbes der demokratischen Revolutionen und des EU-Beitrittsprozesses ist unabdinglich, um eine europäische Zukunft aufzubauen.

Das Projekt implementiert den Austausch zur heutigen Relevanz der historischen Ereignisse in öffentlichen Veranstaltungen, in einer Videodokumentation, durch einen Essaywettbewerb für Studierende aus Mitteleuropa sowie einer gemeinsamen Publikation, die verschiedene nationalen Perspektiven auf die Erinnerungen auf die historischen Umbrüche und den EU Beitritt Mitteleuropas aufwirft und miteinander verbindet.

Veranstaltungen

- 30 Jahre deutsche Wiedervereinigung - eine europäische Erfolgsgeschichte? (27.10.2021) Wie werden die demokratischen Umbrüche von 1989 in verschiedenen Ländern der EU interpretiert? Expert:innen und Zeitzeug:innen haben über die Rolle des gemeinsamen Erbes von 1989 für den europäischen Integrationsprozess diskutiert.

Link: 30 Jahre deutsche Wiedervereinigung

Publikationen

- Video-Dokumentation: A European success story? Central Europe from 1989 to 2004 and beyond: Der Dokumentarfilm feiert den 30. Jahrestag der demokratischen Revolutionen in Mitteleuropa und den 15. Jahrestag ihres Beitritts zur Europäischen Union. Es sprechen prominente Zeitzeug:innen und Aktivist:innen über die Erfolge und Herausforderungen der europäischen Integration in Mitteleuropa.

Link: A European success story? Central Europe from 1989 to 2004 and beyond

Laufzeit

01.09.2019 – 28.02.2022

Team

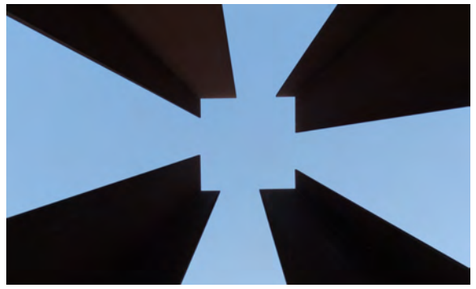
Dr. Katrin Böttger, Simone Klee, Henrik von Homeyer

Partner

Metropolitan University Prague, Gdańsk, Hungarian Europe Society, WiseEuropa, College of Eastern Europe in Wrocław, Kofinanziert durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union

rEUnify – Unterschiede in nationalen Wahrnehmungen der deutschen Wiedervereinigung

Welche Bedeutung hat die deutsche Wiedervereinigung heute für Europa? Das Projekt rEUnify vergleicht und diskutiert historische Erinnerungen und nationale Wahrnehmungen aus Deutschland, den Niederlanden, Polen, Frankreich und Tschechien.



Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein Schlüsselereignis der jüngeren europäischen Geschichte. Sie ist auch ein Wendepunkt beim Aufbau der Europäischen Union und beim Übergang zur Demokratie in Mittel- und Osteuropa. Die deutsche Einheit mag heute - vor allem für junge Generationen - selbstverständlich erscheinen, aber 1990 rief die Aussicht auf eine Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland heftige Reaktionen bei den Nachbarländern hervor. Dabei haben insbesondere die schwierigen historischen Beziehungen zwischen Deutschland und diesen Ländern eine Rolle gespielt. So stellte die deutsche Wiedervereinigung 1990 eine immense Herausforderung für den gesamten europäischen Kontinent dar: Während Deutschland mit seinem nationalen Wiederaufbau beschäftigt war, brachten die Nachbarstaaten im Osten eigene demokratische und wirtschaftliche Transformationen auf den Weg.

Die Projektpartner organisieren in ihrem jeweiligen Land öffentliche Veranstaltungen, um die Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung zu ergründen. Zeitzeug:innen, Bürger:innen sowie Studierende werden in die Diskussion miteinbezogen.

Die verschiedenen nationalen Perspektiven werden am Ende des Projekts in einer gemeinsamen Publikation zusammengefasst.

Veranstaltungen

- Europäisches Erbe 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung (10.11.2021): Diverse Perspektiven verbinden die europäische Erinnerung mit der deutschen Wiedervereinigung. Expert:innen haben analysiert, welche Schlussfolgerungen aus der deutschen Einheit nach 1990 für den weiteren europäischen Integrationsprozess entstanden sind.

Link: Europäisches Erbe 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung

Laufzeit

01.01.2021 – 31.07.2022

Team

Dr. Katrin Böttger, Simone Klee

Partner

Auswärtiges Amt, College of Eastern Europe in Wrocław, Kofinanziert durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, university of groningen, Euro Créative, EUROPEUM

Studie zur Stärkung der demokratischen Legitimation der EU

Die Konferenz zur Zukunft Europas bot die Möglichkeit, die Demokratie auf EU-Ebene zu stärken. Dafür wurden konkrete Reformvorschläge erarbeitet, welche in die Debatte zur Zukunft der EU eingebracht werden konnten.

Mit der *Konferenz zur Zukunft Europas* (*CoFoE*) bestand die Chance, Reformen zur Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene zu erreichen. Um diese Chance zu nutzen, bedurfte es konkreter Vorschläge, die den bewährten Pfad zur Demokratisierung der EU durch die Stärkung des Europäischen Parlaments und der europäischen Parteien vorantreiben und zugleich neue partizipative Instrumente komplementär in die repräsentative Demokratie auf EU-Ebene einpassen.

Ziel des Projekts war es, Reformvorschläge für vier Bereiche zu erarbeiten:

- Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments im politischen System der EU,
- Reform des europäischen Wahlrechts,
- Reform der demokratischen Legitimation der Eurozone-Governance,
- Reform der Instrumente partizipativer Demokratie auf EU-Ebene.

Das Projekt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung identifizierte Reformbedarfe in allen vier Bereichen und untersuchte die Reformoptionen, die dazu in der politischen und wissenschaftlichen Debatte zu finden sind. Auf Basis dieser Analyse wurden konkrete Reformvorschläge empfohlen. Die Ergebnisse wurden in mehreren Studien und Policy Papers veröffentlicht und mit Entscheidungsträger:innen und Expert:innen diskutiert, um sie so in die Debatte zur Zukunft Europas einzuspeisen.

Publikationen

- Policy Paper – Empfehlungen für die *Konferenz zur Zukunft Europas* (17.03.2021):
  Wie kann die *Konferenz zur Zukunft Europas* zu einem erfolgreichen Experiment transnationaler deliberativer Demokratie werden? In der gemeinsamen Erklärung regeln die EU-Institutionen zwar zentrale Punkte zur *CoFoE*, über einige Aspekte konnten sie jedoch keine Einigung erzielen. In dem Policy Paper werden die anstehenden Herausforderungen, um die *CoFoE* zu einem bahnbrechenden Experiment der transnationalen deliberativen Demokratie zu machen, diskutiert. Insbesondere die Einbindung der Räte in die deliberative Demokratie auf EU-Ebene könnte sich als positiver Schritt erweisen.

Link: Policy Paper Empfehlungen für die Konferenz zur Zukunft Europas

- Policy Paper – Wahlgleichheit und EU-weite Listen (16.12.2021):
  Bei Europawahlen gibt es bislang keine Wahlgleichheit: Stimmen aus größeren Ländern haben weniger Gewicht. Es gilt zwar das Prinzip „one person, one vote“ – aber nur innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten. Gesamteuropäisch gilt hingegen: Größere Länder stellen weniger Europaabgeordnete pro Einwohner:in als kleinere. Diese „degressive Proportionalität“ führt dazu, dass Stimmen aus kleineren Ländern die Zusammensetzung des Parlaments stärker beeinflussen.
  In einem Policy Paper hat Dr. Manuel Müller für das IEP im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung dargestellt, wie eine EU-Wahlrechtsreform aussehen könnte. In Rechenbeispielen beschreibt er die Funktionsweise und analysiert Herausforderungen bei der Umsetzung. Die beste Lösung ist seiner Überlegung nach ein Verhältnisausgleich über gesamteuropäische Listen:

Dabei würden die „gesamteuropäischen“ Sitze so verteilt, dass unter Berücksichtigung der nationalen Kontingente die Gesamtsitzzahl jeder Fraktion ihrem EU-weiten Stimmenanteil gleichkommt.

Link: Policy Paper Wahlgleichheit und EU-weite Listen

Laufzeit

01.03.2020 – 01.05.2021

Team

Dr. Katrin Böttger, Dr. Manuel Müller, Julian Plottka

Partner

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Studie zu Wertepräferenzen und politischen Trends in Mittel- und Osteuropa

Der Konsens über Inhalt und Verbindlichkeit europäischer Werte wird in der EU zunehmend in Frage gestellt. Das IEP hat Ursachen und Wirkungen dieser Wertedivergenz in den vier Visegrád-Staaten sowie Rumänien und Slowenien analysiert.

Auseinandersetzungen über Inhalte und Verbindlichkeit der europäischen Wertegemeinschaft scheinen an Regelmäßigkeit zuzunehmen und hemmen inzwischen auch die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Die jüngsten Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen und die seit einigen Jahren andauernden Kontroversen in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik sind nur einige anschauliche Beispiele.

Vor diesem Hintergrund hat das Institut für Europäische Politik im Auftrag des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes eine Studie zu den Ursachen und Wirkungen der Wertedivergenz in den vier Visegrád-Staaten sowie Rumänien und Slowenien erstellt.

Die Studie untersucht in einem ersten Schritt für den Zeitraum 2004 bis 2020, ob und inwieweit die Wert- und Ordnungsvorstellungen, die von Bürger:innen, Parteien und Regierungen in den untersuchten Ländern vertreten werden, von den Werten der Europäischen Union gem. Art. 2 EUV abweichen.

In einem zweiten Schritt überprüft sie empirisch wissenschaftliche Ansätze zur Erklärung dieser Wertedivergenz.

In einem dritten Schritt werden die Folgen dieser Entwicklung für die europäische Integration untersucht.

Dazu werden konkret die folgenden vier Forschungsfragen beantwortet:

- Welche Wert- und Ordnungsvorstellungen vertreten Parteien und Regierungen in den untersuchten Ländern?
- Welche Wert- und Ordnungsvorstellungen vertreten die Bürger:innen?
- Wie erklären sich Divergenzen zu den europäischen Werten (gem. Art. 2 EUV)?
- Was sind die Auswirkungen für die europäische Politik und Integration?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen hat das IEP eine Online-Befragung unter Bürger:innen sowie eine Expert:innenbefragung in den sechs Ländern durchgeführt. Ergänzend wurden bestehende Datenbanken zu den parteipolitischen Positionen und veröffentlichte Umfragedaten ausgewertet.

Die Ergebnisse wurden in Form einer Studie sowie eines Policy Papers veröffentlicht, das Empfehlungen gibt, wie die EU-Institutionen und die Bundesregierung der Wertedivergenz innerhalb der EU begegnen können. Begleitend wurden für jedes der sechs untersuchten Länder die Ergebnisse in einem Länderkapitel dargestellt.

Publikationen

- Policy Paper – Die illiberale Herausforderung der EU-Wertedivergenz in Mittel- und Osteuropa (28.06.2022):
  Einige Regierungen in Mittel- und Osteuropa sind deutlich illiberaler, als ihre Bevölkerungen. Diese befürworten größtenteils die liberalen Werte der EU. Wir erklären die Hintergründe von Illiberalismus in der Region.

Link: Policy Paper Die illiberale Herausforderung der EU-Wertedivergenz

- Studie – Wertepräferenz und politische Trends in Mittel- & Osteuropa (20.01.2022):
  Illiberale Werte in Mittel- und Osteuropa erhalten weniger Zustimmung, als manche Regierungen es vermuten lassen. Deren Politik dient oft dem bloßen Machterhalt. Unsere Studie macht konkrete Vorschläge zum Umgang mit dieser Herausforderung.

Link: Wertepräferenz und politische Trends in Mittel- & Osteuropa

Laufzeit

01.03.2020 – 01.05.2021

Team

Dr. Funda Tekin,

Julian Rappold,

David Nonhoff,

Henrik von Homeyer,

Julian Plottka

Partner

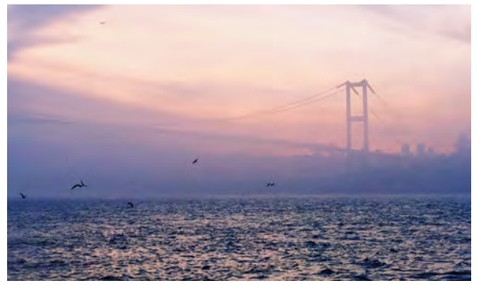
Auswärtiges Amt

Erweiterung, Nachbarschaft, Zentralasien

Die EU-Erweiterungspolitik umfasst aktuell die Staaten des Westbalkans, die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien und die Türkei. Darüber hinaus hat die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der EU-Zentralasienstrategie alternative Modelle und Strategien in den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, des südlichen Kaukasus und des Mittelmeerraumes entwickelt. Mit seinen Analysen begleitet das IEP diese Prozesse und Debatten mit Blick auf die Vermittlung europäischer Werte, ökonomischer und geopolitischer Interessen. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf differenzierten Modellen der Erweiterungspolitik und den EU-Türkei-Beziehungen.

EU-Turkey Bridge – Eine Standing Group zu EU-Türkei Beziehungen

Die EU-Turkey Bridge soll durch kontinuierliche Analysen und Auswertungen weitere Brücken in der EU-Türkei Beziehung bauen. Zudem werden im Rahmen des Projekts Empfehlungen für eine zukünftige stabile Beziehung sowie für ein krisenfreies Narrativ entwickelt.



Die EU-Türkei Beziehungen sind in vielerlei Hinsicht relevant, gleichzeitig sind sie komplex und konfliktbeladen. Insbesondere in den vergangenen Jahren drohte das Konstrukt der konfliktreichen Kooperation zwischen der EU und der Türkei immer wieder auseinanderzubrechen. Daher hat das IEP gemeinsam mit dem Centrum für Türkei und EU-Studien (CETEUS) die EU-Turkey Bridge gegründet, um sich für einen reflektierten Austausch und eine Vernetzung zu der EU-Türkei Beziehung einzusetzen.

Die Ko-Vorsitzenden dieser Standing Group sind Senem Aydin-Düzgit (IPC) und Funda Tekin (IEP). Der Vorstand ist durch die Gründungsmitglieder besetzt.

EU-TURKEY BRIDGE
A Standing Group on EU-Turkey Relations

Projektziele

Bau eines Netzwerkes aus Wissenschaft, Think Tanks und relevanten Stakeholder:innen in der EU, Türkei und Nachbarschaft.

Reflektion und Erforschung der EU-Türkei Beziehungen im Rahmen eines interdisziplinären Ansatzes (Geschichts-, Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften).

Information über historische und aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen sowie mittel- und langfristige Möglichkeiten in den EU-Türkei Beziehungen.

Debatte zu den EU-Türkei Beziehungen mit dem Ziel, ein Narrativ zu etablieren, welches über die aktuellen Krisenzeiten hinausgeht.

Generationsübergreifende, multidisziplinäre Plattform für Akteur:innen in den EU-Türkei Beziehungen etablieren.

Empirisch fundierte Erklärungen und Empfehlungen an relevante Stakeholder:innen liefern.

Weitere Informationen

Link: Mission Statement

Laufzeit

22.04.2021 - andauernd

Team

Dr. Funda Tekin

Prof. Dr. Senem Aydin-Duzgit

Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Partner

CETEUS
Centre for Turkey and European Union Studies

Eurasia Lab and Fellowship Program

Nachwuchswissenschaftler:innen aus Osteuropa und Zentralasien haben Stipendien erhalten, um ihre Forschungsprojekte zu realisieren. Außerdem vernetzten sie sich durch das Eurasia Lab & Fellowship Program mit anderen Forscher:innen und Aktivist:innen, die zur Region arbeiten.

Das *Eurasia Lab & Fellowship Program* hatte das Ziel, zu fördern und zu vernetzen: Das IEP nutzte seine regionale Expertise, um das Netzwerk aus Forscher:innen, Praktiker:innen und Aktivist:innen zu stärken, die zur Region Zentralasien arbeiten. Dieses Netzwerk bot wiederum Akteur:innen im eurasischen Raum eine wichtige Anlaufstelle für neue Kontakte und interdisziplinären Austausch.

Das Programm hat in zwei Projektphasen 2020-2022 Stipendien an herausragende Nachwuchswissenschaftler:innen aus dem eurasischen Raum vergeben, damit diese ihre Forschungsprojekte voranbringen und sich in das Netzwerk integrieren können. In beiden Programmphasen sind je drei Forscher:innen-Teams gefördert worden. Neben eigenen Publikationen haben die Fellows der ersten Programmphase ihre Forschungsprojekte in dem IEP-Podcast *Eurasia on the Move* vorgestellt.

Hintergrund

Das IEP arbeitet seit vielen Jahren mit und zur Region Eurasien. Durch Programme wie *EUCAIS* (The EU and Central Asia in the International System) und *EUCACIS* (The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System) hat das IEP Masterstudierende und Doktorand:innen aus der Region ausgebildet.

Mit dem Projekt *SEnECA* (Strengthening and Energizing EU-Central Asia relations) wurde ein Forscher- und Stakeholder-Netzwerk zu den EU-Zentralasien-Beziehungen etabliert. Seit über 20 Jahren unterstützt das IEP auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (ÖP), Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine.

Publikationen und Veranstaltungen

Podcast Eurasia on the Move:

Die fünfteilige IEP-Podcast-Reihe *Eurasia on the Move* gibt Einblicke in aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den Ländern Zentralasiens, des Südkaukasus und Osteuropas. Die Podcastreihe bespricht aktuelle Entwicklungen aus der Region Eurasien mit Blick auf Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und Menschenrechte.

- Podcast #1: Belarus – Die erste Folge der Podcastreihe beschäftigt sich mit Entwicklungen in Belarus nach der Präsidentschaftswahl. Außerdem wird darüber gesprochen, wie zivilgesellschaftliche Initiativen die politische Debatte und den Prozess der Demokratisierung mitgestaltet haben.

Link: Podcast Folge #1

- Podcast #2: Kirgisistan und Tadschikistan – Die zweite Folge unseres Podcasts beschäftigt sich mit den Folgen der COVID-19-Pandemie in Kirgistan und Tadschikistan. Staatliche Versäumnisse mobilisieren zivilgesellschaftliche Akteur:innen zunehmend, die Rolle der Regierungen in der Gesundheitskrise zu übernehmen.

Link: Podcast Folge #2

- Podcast #3: Republik Moldau – Die dritte Folge unserer Podcast-Reihe gibt einen Einblick in die Korruptionsbekämpfung der EU in der Republik Moldau. Es wird unter anderem diskutiert, wie die Kompetenzen der EU in verschiedenen Policy-Bereichen variieren.

Link: Podcast Folge #3

Forschungsergebnisse

- Forschungsergebnisse – Antikorruption in der Republik Moldau (01.06.2021): Das Projekt hat die Antikorruptionspolitik der EU in der Republik Moldau in verschiedenen Policy-Bereichen untersucht. Die Analysen trugen dazu bei, die EU-Strategien zur Korruptionsbekämpfung zu überdenken und neu zu priorisieren. Die Fellows haben eine eigene, fünfteilige Podcast-Reihe entwickelt, in der sie EU-Maßnahmen gegen Korruption in der Republik Moldau diskutieren.

Link Podcast Reihe: Gegen Korruption

- Forschungsergebnisse – Covid-19 in Kirgistan und Tadschikistan (06.07.2021): Das Projekt hat zivilgesellschaftliche Aktivitäten während der COVID-19-Pandemie in Kirgistan und Tadschikistan untersucht. Die Fellows gaben Empfehlungen, um Strategien eines nichtstaatlichen, krisengetriebenen Aktivismus in nationale Politikansätze zu integrieren.

Link: Paper Civil Society and the COVID-19 Governance Crisis in Kyrgyzstan and Tajikistan

Öffentliche Diskussion:

- Transformationsprozesse in Osteuropa und Zentralasien (16.09.2021): Korruptionsbekämpfung in der Republik Moldau, COVID-19 in Zentralasien, Zivilgesellschaft in Belarus – die Fellows des Eurasia Lab & Fellowship Programms haben ihre Forschungsprojekte vorgestellt und die Ergebnisse mit Expert:innen diskutiert.

Laufzeit

01.09.2020 – 31.03.2022

Team

Dr. Katrin Böttger, Dominic Maugeais, Laura Worsch, Yvonne Braun

Partner

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

German-Ukrainian Researchers Network (GURN)

Die Zusammenarbeit zwischen Think-Tanks und Politik soll gestärkt werden. Schwerpunkte von GURN sind Wissenstransfer, Capacity Building und bilateraler Dialog. Über aktuelle Entwicklungen und die deutsch-ukrainischen Beziehungen wird sich in vielfältigen Formaten ausgetauscht.

GERMAN UKRAINIAN RESEARCHERS NETWORK (GURN)

Seit 2014 hat sich die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine stetig intensiviert. Die Arbeit von ukrainischen Think-Tanks gewann seitdem spürbar an Bedeutung. Um regionale Think-Tanks zu stärken und die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine nachhaltig zu gestalten, bedarf es einer analytischen Begleitung und eines wissenschaftlichen Dialogs.

Das Projekt *GURN* setzt zwei inhaltliche Schwerpunkte: Das Capacity Building fördert die Kompetenzen der Policy-Analyse und effektiver Wissenschaftskommunikation. Mit Dialog und Wissenstransfer über aktuelle soziopolitische Entwicklungen in der Ukraine wird der Austausch zwischen Expert:innen aus beiden Ländern vertieft.

Das Vorgängerprojekt *GURN 1* hat von 2019-2020 stattgefunden. Der Fokus lag auf Netzwerkbildung durch Studienreisen, Fachkonferenzen und einer Methodenschule für ukrainische und deutsche Junior Researcher:innen.

Ab März 2021 konnte das Projekt mit dem Titel *GURN 2* fortgesetzt werden. Etablierte Formate wurden weiterentwickelt und neue Ideen umgesetzt.

Zielgruppe

Das Projekt richtet sich an Junior und Senior Researcher:innen in deutschen und ukrainischen Think-Tanks sowie Schlüsselakteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Ziele des Projekts

- Schaffung eines deutsch-ukrainischen Think-Tank-Netzwerks
- Stärkung von Fachkompetenzen ukrainischer Junior Researcher:innen in den Bereichen Policy-Analyse und Advocacy
- Wissenstransfer und Förderung des bilateralen Dialogs zwischen Deutschland und der Ukraine

Veranstaltungen 2021

Ukraine-Frühstücksgespräche:

- 21. Ukraine-Frühstücksgespräch: Die Krim-Plattform – Thema des Frühstückgesprächs waren die Potentiale der Krim-Plattform. Ziel der Initiative ist die Reintegration der Krim ins Staatsgebiet der Ukraine. Das zukünftige Format der Plattform hängt sowohl von der Ukraine als auch von ihren internationalen Partnern ab. (27.05.2021)
- 22. Ukraine-Frühstücksgespräch: 30 Jahre Unabhängigkeit - Seit 30 Jahren befindet sich die Ukraine auf demokratischem Kurs. Die Bevölkerung unterstützt die Annäherung an die EU und NATO. In den Bereichen Dezentralisierung und Digitalisierung gibt es Fortschritte. Zeit, für eine Bilanz. (22.10.2021)
- 23. Ukraine-Frühstücksgespräch: Welche Impulse setzt die Bodenreform? - In der ukrainischen Landwirtschaft hat sich 2021 eine kleine Revolution ereignet: Die neue Bodenreform ermöglicht den Handel mit Flächen, die zwei Jahrzehnte unter Verschluss waren. Eine Studie zeigt erste Befunde zu den Effekten auf dem Bodenmarkt. (09.12.2021)

Deutschland-Frühstücksgespräche:

- 6. Deutschland-Frühstücksgespräch: Strategien für eine nachhaltige deutsch-ukrainische Partnerschaft - Expert:innen aus Deutschland und der Ukraine haben sich über die zukünftige Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen und gegenseitige Erwartungen ausgetauscht. Die diskutierten Themen reichten von Energiesicherheit bis Gedenkkultur. (25.05.2021)
- 7. Deutschland-Frühstücksgespräch: Nach den Bundestagswahlen – In Berlin wurde sondiert und koaliert. Wie eine neue Bundesregierung die deutsch-ukrainischen Beziehungen verändern wird, haben Expert:innen beider Länder diskutiert. (12.10.2021)
- 8. Deutschland-Frühstücksgespräch: Die Ukraine und die europäische Union - Wie steht es um die Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union? Expert:innen haben über die Erwartungen Deutschlands an die EU-Annäherung der Ukraine gesprochen. Dabei stand die Berliner Perspektive im Mittelpunkt. (24.11.2021)
- 9. Deutschland-Frühstücksgespräch: Ukraine-Bild in Deutschland - Der deutsche Diskurs über die Ukraine hat sich seit 2014 diversifiziert. Dennoch existieren auf beiden Seiten nach wie vor Wissenslücken über das jeweils andere Land, die es in Zukunft zu schließen gilt. (16.12.2021)

Projekte

- Podcast UkraineMEMO: Die Krim – besetzt, aber nicht verloren (06.05.2021):
  Diese Ausgabe von UkraineMEMO befasst sich mit der Situation auf der Krim. Ein besonderer Fokus lag auf den Initiativen, die die Ukraine ergriff, um auf die Folgen der Besatzung durch die Russische Föderation hinzuweisen und diese langfristig zu beenden.

Link: Podcast #UkraineMEMO Folge 2

Laufzeit

01.08.2019 - 31.12.2022

Team

Dr. Katrin Böttger, Ljudmyla Melnyk, Laura Christoph

Partner

!2 think twice UA

New Europe Center Kyiv, Ukraine

Auswärtiges Amt

Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Charitable Foundation

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

inforMD – Gegen Desinformation in der Republik Moldau

Fake News und Desinformation sind immer verbreiteter in der Republik Moldau. Grund dafür sind die Digitalisierung sowie die Polarisierung sozialer und politischer Diskurse. inforMD bemühte sich, Falschinformationen entgegenzuwirken.

Die Republik Moldau ist besonders anfällig für Desinformationskampagnen aufgrund der nach Bevölkerungs- und Sprachgruppen segregierten Medienlandschaft. Ausländische, wie auch inländische politische Akteur:innen tragen zur Verbreitung von Falschinformationen, insbesondere auch zum umstrittenen Kurs der EU-Annäherung bei.

Ziele des Projekts in der Republik Moldau:

- Stärkung der Resilienz gegen Desinformation
- Förderung von zivilgesellschaftlicher Expertise und Vernetzung innerhalb der Republik
- Befähigung junger Menschen (Studierende), Desinformationen zu erkennen, mit ihnen umzugehen und auf sie zu reagieren sowie kritisches Denken zu fördern
- Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs zwischen deutschen, europäischen und moldauischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, welche zu Fragestellungen der Desinformation arbeiten

Veranstaltungen und Publikationen

- Kick-Off Workshop inforMD (12.05.2021): Vertreter:innen der moldauischen Zivil- und Medienlandschaft, die zum Thema Desinformation und Fake News arbeiten, wurden über inforMD informiert. Es wurden Synergien identifiziert und Kooperationen etabliert.
- Anti-Desinformationstraining für junge Moldauer:innen (18.11.2021): Zusammen mit lokalen Expert:innen beschäftigten sich Studierende mit Formen von Desinformation in traditionellen und sozialen Medien und mit Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung.
- Networking Lab - Gemeinsam gegen Desinformation (09.12.2021): Moldauische und internationale Expert:innen waren sich einig, dass eine aktive Zivilgesellschaft, ein starker regulatorischer Rahmen, und der internationale Austausch entscheidende Faktoren für die Desinformationsbekämpfung sind.
- Studie – Resilienz gegen Desinformation in der Republik Moldau stärken (27.12.2021): Vermittlung von Medienkompetenz sowie eine gezielte Anpassung des Rechtsrahmens – diese und weitere Schritte sind nötig, um effektiv gegen Desinformation in der Republik Moldau vorzugehen.

Link: Studie Resilienz gegen Desinformation

Laufzeit

01.04.2021 - 31.12.2021

Team

Dr. Funda Tekin, Dominic Maugeais

Partner

Auswärtiges Amt
CIVIL SOCIETY COOPERATION
IPIS
IPRE Institutul de Politici și Reforme Europene ipre.md

ReLoaD - Forschung zu lokaler Regierungsführung und Dezentralisierung

Der ukrainische Dezentralisierungsprozess wird interdisziplinär erforscht. Innovative Forschungsansätze werden zur Grundlage für gezielte und datenbasierte Politikberatung. Dadurch soll die lokale Demokratie in der Ukraine nachhaltig gestärkt werden.

Die ukrainische Dezentralisierungsreform hat seit 2014 zu wesentlichen Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen System des Landes beigetragen. Viele Entscheidungen werden nicht mehr zentral von Kyjiw, sondern von den Gemeinden (Hromadas) getroffen. Geldgeber:innen haben mehr als 250 Millionen Euro bereitgestellt, um den Prozess der Dezentralisierung und Selbstverwaltung umfangreich zu unterstützen. Dennoch bleibt sowohl der internationale Forschungsstand zum Thema als auch das Wissen über lokale Regierungsführung in der Ukraine lückenhaft.

Vor diesem Hintergrund erarbeitet das IEP gemeinsam mit der Kyiv School of Economics bis Ende Februar 2023 einen Entwurf für ein interdisziplinäres und policy-orientiertes Forschungszentrum rund um Dezentralisierung in der Ukraine. Der geplante deutsch-ukrainische Exzellenzkern *ReLoaD - Research on Local Governance and Decentralisation* wird den Zusammenhang zwischen Dezentralisierung und Demokratisierung erforschen und die ökonomischen und sozialpolitischen Folgen für die ukrainische Gesellschaft analysieren.

Das Projekt hat drei inhaltliche Schwerpunkte: Innovative Forschung zum ukrainischen Dezentralisierungsprozess durchführen, systematisch Forschungsdaten erheben und wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen erarbeiten. Neben der Veröffentlichung von Policy Papern werden Workshops angeboten und Gemeinschaftsprojekte durchgeführt, um die Reform für ukrainische Bürger:innen greifbar zu machen.

Zudem leistet *ReLoaD* einen Beitrag zur breiteren Anwendung der FAIR-Prinzipien. Dies sind Grundsätze, die im Umgang mit nachhaltig nutzbaren Forschungsdaten erfüllt sein müssen: „findable, accessible, interoperable und reusable“. Die Forschungsergebnisse sollen im Sinne der offenen Wissenschaft transparent und mithilfe digitaler Werkzeuge für ukrainische und internationale Wissenschaftler:innen zugänglich gemacht und so in den globalen Wissensdiskurs zum Thema Dezentralisierung und Regionalentwicklung integriert werden.

Laufzeit

01.12.2021 - 28.02.2023

Team

Dr. Katrin Böttger, Ljudmyla Melnyk, Laura Christoph, Dominic Maugeais

Partner

Bundesministerium für Bildung und Forschung
KSE Kyiv School of Economics

WB2EU – Europeanisation meets democracy from below: The Western Balkans on the search for new European and democratic momentum

Mit dem Erasmus+ Jean Monnet WB2EU-Netzwerk-Projekt vertieft das IEP seine Arbeit zum EU-Erweiterungsprozess gegenüber den Ländern des westlichen Balkans. Das Netzwerk verfolgt das Ziel, zu entscheidenden Themen der EU-Erweiterung Öffentlichkeit zu schaffen und Projektergebnisse grenzüberschreitend zur Diskussion zu stellen.

Inhaltlich ist das interdisziplinäre Projekt in drei Phasen unterteilt, in denen Forschungsfragen der Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, der sozialen Dimension des Erweiterungsprozesses sowie der Demokratisierung „von unten“ behandelt werden. Lokale progressive Bewegungen sollen mobilisiert und in das Projekt eingebunden werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf junge Menschen gerichtet sein wird. Zudem wird die länderübergreifende Vernetzung von Junior und Senior Researcher:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft sowie von EU-Institutionen, Entscheidungsträger:innen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gefördert.

Die Aktivitäten beinhalten unter anderem eine Policy-Brief-Reihe, öffentliche Diskussionsveranstaltungen („Ideas go public Labs“) in verschiedenen Projektpartnerländern, eine Sommerschule und eine abschließende Buchpublikation.

Neben den Projektträgern der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip), umfasst das gegründete Netzwerk renommierte Think Tanks, NGOs und Universitäten aus den sechs Westbalkanländern und den EU-Mitgliedsländern Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Slowenien, Ungarn und Rumänien.

Publikationen

- Policy Brief: Countering the rule of law backsliding in the Western Balkans (24.09.2021):
  Welche Maßnahmen kann die EU ergreifen, um gegen den Rechtsstaatsverfall im Westlichen Balkan vorzugehen? Der Policy Brief zeigt drei Handlungsempfehlungen auf.

Link: Policy Brief

Mehr Informationen zum Projekt

Link: wb2eu.eu

Laufzeit

29.10.2020 - 01.10.2023

Team

Dr. Katrin Böttger, Dominic Maugeais

Partner

Erasmus+

WB2EU

Young Central Asia

Zentralasien gewinnt immer mehr an globaler Bedeutung. Die Macht liegt in den Ländern der Region aber in den Händen weniger. Ein zentraler Treiber für gesellschaftlichen Wandel ist die Stärkung der Jugendpolitik.

Die EU-Zentralasienstrategie von 2019 bildet einen breiten strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit mit den fünf Ländern in der Region. Mit Blick auf die junge zentralasiatische Bevölkerung hat das IEP die Machbarkeit einer jugendpolitischen Dimension als neuer Priorität in den EU-Beziehungen zu Zentralasien analysiert. Im Fokus steht dabei, wie die EU dazu beitragen kann, der jugendlichen Bevölkerung Zentralasiens gute Lebensperspektiven zu ermöglichen.

Das IEP hat im Auftrag des Auswärtigen Amtes die Herausforderungen und Potenziale einer jugendpolitischen Dimension in den Beziehungen zu Zentralasien untersucht: Eine Intensivierung der Beziehungen in der Jugendpolitik ist für beide Seiten vorteilhaft und steht nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu den Aktivitäten Chinas oder Russlands in der Region. Eine jugendpolitische Dimension der europäischen Zentralasienpolitik bietet zudem die Chance, die Sichtbarkeit der EU in der Region zu verbessern. Um diese Chance zu nutzen, gibt das IEP konkrete Politikempfehlungen und schlägt eine innereuropäische Arbeitsteilung zur Schaffung der jugendpolitischen Dimension vor.

Publikationen

- Hintergrundpaper zum Projekt (23.03.2021):
  Zentralasien gewinnt immer mehr an globaler Bedeutung. Ein zentraler Treiber für gesellschaftlichen Wandel ist die Stärkung der Jugendpolitik. Deutschland möchte hier eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie übernehmen.

Link: Hintergrund YCA

- Pressemitteilung (29.03.2021):
  Die EU Zentralasienstrategie – Motor für die Zukunft junger Menschen in der Region.
  Zentralasien hat als Brücke zwischen Europa und Asien eine besondere Bedeutung. Die EU hat in ihrer Zentralasienstrategie einen Rahmen für die Kooperation mit der Region als Ganzes und den fünf Staaten entwickelt, der sich auf eine Stärkung der Resilienz der Länder, die Schaffung von Wohlstand in einem demokratischen Umfeld und die Zusammenarbeit der Länder untereinander und mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten stützt.

Link: Pressemitteilung

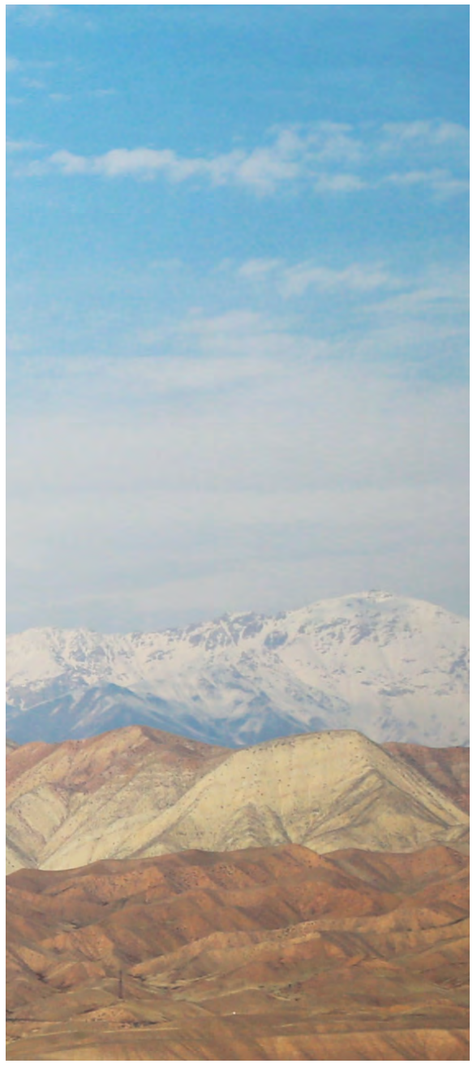
- Research Paper: Recommendations to the German Government for the Implementation of the EU-Central Asia Strategy (23.03.2021):
  Das Forschungspapier analysiert die Machbarkeit einer neuen jugendpolitischen Dimension in den Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien als eine Priorität im Rahmen der EU-Zentralasien-Strategie für 2019. Die Empfehlun-

gen des Papers zur Ausgestaltung der jugendpolitischen Dimension konzentrieren sich nicht ausschließlich auf die deutsche Politik, sondern schlagen eine EU-weite Aufgabenteilung vor, um durch Kooperationen Synergien zu schaffen.

Link: Research Paper

- Policy Paper: A Youth Policy Dimension of EU-Central Asia Relations (24.02.2021):
  Das Policy Paper begründet, dass die Jugendpolitik für die zentralasiatische Region eine Priorität im Rahmen der neuen EU-Zentralasienstrategie werden sollte. Da wenig Gefahr besteht, mit anderen globalen Akteuren in Konkurrenz zu treten, kann die EU gemeinsam mit ihren zentralasiatischen Partnern Aktivitäten von gemeinsamem Interesse für die Mehrheit der in der Region lebenden Menschen entwickeln. Investitionen in junge Entscheidungsträger:innen, Entwicklung und Bildung bieten die Möglichkeit, von der „demografischen Dividende“ zu profitieren, machen die zentralasiatischen Gesellschaften widerstandsfähiger und tragen zur Stabilität bei.

Link: Policy Paper



Laufzeit

01.01.2020 - 01.04.2021

Team

Dr. Katrin Böttger,

Julian Plottka,

Inga Kjer,

Ekaterina Smirnova,

Yvonne Braun

Partner

Auswärtiges Amt

Deutschland und Europa

Das Streben nach europäischer Integration bildet ein konstitutives Element deutscher Staatsräson.

Das IEP begleitet und analysiert die deutsche Europapolitik und Deutschlands Rolle in der EU kontinuierlich seit seiner Gründung. Mit Studien und Analysen und trägt das IEP zur Stärkung des europäischen Verständnisses für eben diese bei.

#BerlinPerspectives

Die Policy-Brief-Reihe #BerlinPerspectives bietet prägnante Analysen zur deutschen Europapolitik in englischer Sprache. Deutsche Positionen zu aktuellen Themen und Debatten werden erörtert und darauf aufbauend politische Handlungsempfehlungen formuliert.

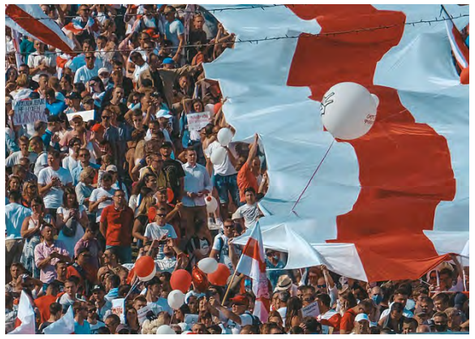
Insgesamt wurden zwei *#BerlinPerspectives* im Jahr 2021 veröffentlicht. Zwei weitere Publikationen konnten darüber hinaus soweit finalisiert werden, dass sie zu Beginn des Jahres 2022 veröffentlicht werden konnten.

#BerlinPerspective: One year after the presidential election in Belarus (09.08.2021)

Die politischen Krise in Belarus dauert schon seit August 2020 an. Trotz ergriffener Maßnahmen verfügt die EU immer noch über Spielraum, um den politischen Druck auf Lukaschenko zu erhöhen. Deutschland hat bei der Lösung der Krise eine zentrale Rolle.

Autor:innen:

Dr. Katrin Böttger, Nicolas Butylin



Link: One Year after the Presidential Election in Belarus

#BerlinPerspective: BTW 21 Europapolitik (25.10.2021)

Bei erfolgreichen Verhandlungen verspricht die Ampel-Koalition einen progressiven Neuanfang für Deutschland. Wie ambitioniert die EU-Politik ist, wird sich in den Bereichen Institutionen und Werte, Außen- und Sicherheitspolitik, nachhaltiger Wirtschaft und Finanzen zeigen.

Mit den Bundestagswahlen im September 2021 endet die Ära von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Verhandlungen über eine Ampel-Koalition sind in Deutschland derzeit bereits im Gange. Es überrascht nicht, dass die nächste deutsche Regierung eine pro-europäische sein wird. Ihre Ambitionen in der EU-Politik werden jedoch vor allem durch Sachzwänge insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie durch die Notwendigkeit der Konsensfindung in einer so noch nie dagewesenen Drei-Parteien-Koalition bestimmt. Die Autorinnen Dr. Funda Tekin (IEP) und Dr. Ilke Toygür (Elcano Royal Institute) bewerten, wie viel Wandel und wieviel Kontinuität in der Europapolitik mit der Bundestagswahl verbunden ist, und analysieren dabei die Aspekte der institutionellen Reform und der Werte der EU, der Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie der „green economy“ und der Finanzen. Unter anderem fordern sie die nächste Bundesregierung auf, eine klare Position zur Konferenz über die Zukunft Europas zu formulieren, sich deutlicher für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der EU einzusetzen und alle Maßnahmen zu unterstützen, die zur Resilienz der EU auf globaler Ebene beitragen. Sie plädieren auch dafür, dass die deutsche Regierung andere Länder stärker in das deutsch-französische Tandem einbezieht, um die europäische Integration zu fördern und sich dafür zu öffnen, in Schlüsselbereichen der Integration auch im Rahmen kleinerer Allianzen voranzuschreiten.

Autor:innen:

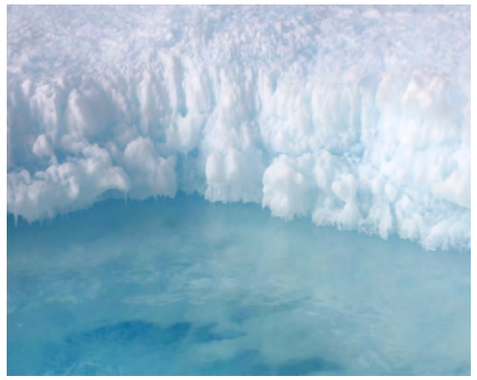
Dr. Funda Tekin, Dr. Ilke Toygür

Link: A traffic-light shining for Europe

#BerlinPerspective: Nach COP26: Wie die Klimakrise vermieden werden kann (18.01.2022)

Die 26. Weltklimakonferenz hat einige wichtige, aber nicht ausreichende Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel gebracht. Nur eine rasche Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien ermöglicht es, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Mit der UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow im November 2021 verband sich die Hoffnung, dass die Staats- und Regierungschefs entschlossene Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen würden - nicht zuletzt aufgrund der wachsenden Akzeptanz der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in der Öffentlichkeit und der jüngsten Naturkatastrophen, die die Folgen des Klimawandels deutlich machen. Der in Glasgow vereinbarte Klimapakt blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück, trotz einiger wichtiger, wenn auch unzureichender Fortschritte, beispielsweise der Vereinbarung von fast 200 Ländern über den Ausstieg aus der Kohle. Auch wenn die jüngsten Maßnahmen der EU, der Vereinigten Staaten, Chinas und anderer wichtiger Akteure darauf hindeuten, dass echte Klimaschutzmaßnahmen endlich ganz oben auf der politischen Agenda angekommen sind, reichen weder der Ehrgeiz noch die Umsetzung aus, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, argumentiert Prof. Dr. Claudia Kemfert. Was die Welt wirklich braucht, so die Autorin, ist ein schneller Übergang zu einer 100-prozentig sauberen, erneuerbaren Energieversorgung und -speicherung. Dies würde erstens den Primärenergiebedarf senken. Zweitens hätte eine Vollversorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energie sogar geringere Energiesystemkosten als durch fossile Energiequellen. Die Autorin fordert die Bundesregierung außerdem auf, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und gemeinsam mit den europäischen Partnern und anderen willigen Ländern eine Klima-Allianz für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und den Übergang zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zu formen.



Autorin:

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Link After COP26: What it takes to avert the climate crisis

#BerlinPerspective: Strategische Vorausschau: Imperativ für gute Politik (01.02.2022)

Strategische Vorausschau ermöglicht es politischen Entscheidungsträger:innen besser auf Krisenfälle vorbereitet zu sein und proaktiver zu reagieren. Die neue Bundesregierung sollte ihre Amtszeit nutzen, Foresight-Analysen stärker in Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Die Europäische Union und die Welt scheinen sich derzeit in einem ständigen Krisenmodus zu befinden, was ein rasches und responsives Handeln politischer Entscheidungsträger:innen unabdingbar macht. Zwar ist ein solches Handeln essentiell, gleichzeitig ist es ebenso wichtig, das Gesamtbild nicht aus den Augen zu verlieren. Um gegenwärtig und in Zukunft wirksam auf Krisen reagieren zu können, bedarf es einer strategischeren Politik. Dies gilt auch für die deutsche Europapolitik, die oft nur kurzfristig reagiert und an der Tagespolitik ausgerichtet ist, wie das Beispiel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zeigt. In der neuen Legislaturperiode gibt es nun die Chance einen vorausschauenden Governance-Ansatz in die Regierungsarbeit zu integrieren.

Aufbauend auf den Ergebnissen der IEP-Strategiegruppe zur Deutschen Europapolitik „Berlin Futures“ zeigen Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Gaby Umbach bestehende Kapazitäten und Netzwerke für strategische Vorausschau in verschiedenen Politikbereichen in Deutschland auf.

Die Autorinnen fordern unter anderem die flächendeckende Etablierung von Foresight-Abteilungen in allen Bundesministerien, dem Bundestag und den Bundesagenturen sowie eine Bündelung dieser Aktivitäten in einem vom Kanzleramt koordinierten Netzwerk. Im Rahmen eines nationalen Resilienzrates soll die systemische Resilienz einzelner Politikbereiche dann vor dem Hintergrund entsprechender Risikoanalysen und Foresight-Berichte analysiert und angepasst werden.

Autor:innen:

Dr. Katrin Böttger, Prof. Dr. Gaby Umbach

Link: Strategic foresight: imperative for good policy-making

Laufzeit

01.01.2020 – andauernd

Team

Dr. Katrin Böttger,

Julian Rappold

Partner

Auswärtiges Amt

Handbuch zur deutschen Europapolitik

Die 2021 vollständig überarbeitete Neuauflage des „Handbuchs zur deutschen Europapolitik“ gibt einen tiefen Einblick in die Verflechtung Deutschlands mit der EU und arbeitet den Einfluss heraus, den Deutschland auf europäische Integrations- und Entscheidungsprozesse hat.

Was sind die Grundlinien der deutschen Europapolitik? Welche Faktoren sind innenpolitisch wichtig? Welche Akteur:innen existieren in den einzelnen Politikbereichen? Das Handbuch nimmt sich diesen und anderen relevanten Fragen sowie aktuellen europapolitischen Entwicklungen an.

Die 2021 überarbeitete und aktualisierte Ausgabe des Standardwerkes ist eine Kombination aus Nachschlagewerk und Problemanalyse. Es richtet sich an Interessierte in Wissenschaft, Politik und Praxis. Die deutsche Europapolitik ist essenziell für die wechselseitigen Beziehungen, da Deutschland enormes Einflusspotential hat und eng mit der Union verbunden ist.

Unter ihrer Schriftreihe *Europapolitik* hat die Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) das *Handbuch zur Deutschen Europapolitik* in zweiter Auflage veröffentlicht.

Die Neuauflage umfasst:

- ein Vorwort von Michael Roth, MdB und Staatsminister für Europa,
- Einleitung der Herausgeber:innen zu den Grundlinien deutscher Europapolitik,
- Grundlagen und Konzepte deutscher Europapolitik,
- innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Akteur:innen deutscher Europapolitik,
- Deutschlands Rolle in EU-internen Politikbereichen wie Migration und Asyl, Wirtschafts- und Währungsunion, Haushalt und Finanzen, redistributive Politiken, Sozialpolitik sowie Energie- und Klimapolitik etc.,
- Deutschlands Rolle in EU-externen Politiken wie Handelsbeziehungen, Außen- , Sicherheits- und Verteidigungspolitik, EU-Erweiterung und Europäischer Nachbarschaftspolitik etc.,
- Deutsche Europapolitik: Sichtweisen in ausgewählten Partnerstaaten,
- theoretische Annäherungen an die deutsche Europapolitik,
- eine umfassende Chronik der deutschen Europapolitik von 1946 bis heute.

Link: Print-Ausgabe

Laufzeit

01.01.1991 – andauernd

Team

Dr. Katrin Böttger, Prof. Dr. Mathias Jopp, Johannes Kohls

Partner

Auswärtiges Amt

Berlin Futures – IEP Strategiegruppe zur Deutschen Europapolitik

Welche Szenarien lassen sich für die deutsche Europapolitik 2050 ableiten? Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft erarbeiteten diese Impulse vor dem Hintergrund möglicher Entwicklungslinien des globalen Regierens und der veränderten Rolle der EU.

Die Strategiegruppe *Berlin Futures* knüpfte an die ersten Treffen in 2020 an und brachte 2021 einen ausgewählten Kreis von europapolitischen Entscheidungsträger:innen und Expert:innen für zwei Workshops zusammen. Mithilfe innovativer, interaktiver Methoden der vorausschauenden Politikplanung ("Foresight Studies") wurden Ideen für die deutsche Europapolitik und die Zukunft des europäischen Projekts entwickelt.

Ausgangspunkt der gemeinsamen Überlegungen waren vier vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) für das Horizon 2020 Projekt *TRIGGER-Trends in Global Governance and Europe's Role* entwickelte Zukunftsszenarien für das Globale Regieren und die Rolle der EU darin für die Zeitspanne bis 2050. Diese Szenarien dienten als Startpunkt, um neue Impulse für die Neuausrichtung der Prioritäten der deutschen Europapolitik im Nachgang zu der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu entwickeln.

Die Strategiegruppe leiteten Botschafter Andreas Peschke, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, und Prof. Dr. Gaby Umbach, Europäisches Hochschulinstitut Florenz und IEP-Vorstandsmitglied.

Die Ergebnisse des Strategieprozesses wurden in einem Policy Brief zusammengefasst, welches im Dezember 2021 finalisiert und Anfang 2022 im Rahmen der Publikationsreihe *#BerlinPerspectives* veröffentlicht wurde.

Link #BerlinPerspective: Strategische Vorausschau

Laufzeit

01.01.2020 – 31.12.2021

Team

Prof. Dr. Gaby Umbach, Dr. Katrin Böttger,

Julian Rappold, Henrik von Homeyer

Partner

Auswärtiges Amt
Fraunhofer SIT
European University Institute
Robert Schuman Centre for Advanced Studies
trigger – Trends in Global Governance and Europe's Role
Horizon2020 European Union Funding for Research & Innovation

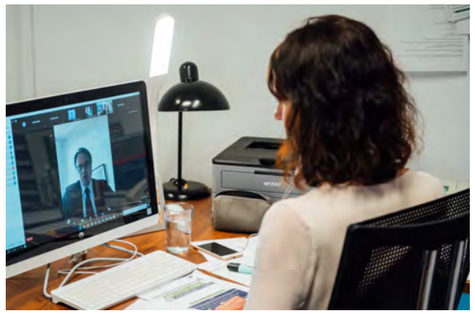
2021 Jahrestagung des IEP

Die IEP-Jahrestagung bietet einen Raum, um den Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen zu befördern und wissenschaftliche Analysen zur EU praxisorientiert zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der 2021 IEP-Jahrestagung, die mit dem Wissenschaftlichen Direktorium des IEP am 30. September und 1. Oktober 2021 unter dem Titel „Integration at a Crossroads: The Future of the EU and German European Policy“ durchgeführt wurde, standen die deutsche Europapolitik und die Zukunft der europäischen Integration.

Vor dem Hintergrund der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Krisen und mit Blick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 sowie ihre Bedeutung für die Zukunft der europäischen Integration diskutierten die Teilnehmenden während der zwei Konferenztage über die Zukunft der EU, partizipative Demokratie, differenzierte Integration und Aufschwung und Solidarität in der EU, um gemeinsame Lösungen zu finden. Somit diskutierten erfahrene und junge Wissenschaftler:innen sowie politische und zivilgesellschaftliche Vertreter:innen in insgesamt vier virtuellen Gesprächen europapolitische Schlüsselthemen.

Das Eröffnungspanel widmete sich der Diskussion der Konferenz zur Zukunft Europas. In den weiteren Konferenzsitzungen wurden dann weitere Politikbereiche und europapolitische Herausforderungen vertieft und praxisorientiert diskutiert. Insbesondere fand am Nachmittag des ersten Tages ein weiteres Panel unter dem Titel “Differentiated Integration as a Policy Choice“, das auch vom Horizon 2020 Projekt EU IDEA unterstützt wurde, mit Expert:innen aus Wissenschaft und Politik zur differenzierten Integration als bewusste politische Entscheidung statt. Im Anschluss an dieses zweite Panel fand eine Wissenschaftswerkstatt in Form eines interaktiven virtuellen „Book Slams“ statt, in dem teilnehmende Wissenschaftler:innen ihre wichtigsten und aktuellsten Publikationen zu europäischen Themen präsentierten. Der zweite Tag begann mit einem Panel zur Gesundheits- und Klimapolitik der EU, auf das eine finale Sitzung zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum nach der Verabschiedung des „NextGenerationEU (NGEU)“-Aufbaupakets folgte.



Durch die Virtualität der Konferenz wurden interaktive Debatten und ein konstruktiver Austausch für eine große Anzahl an Teilnehmenden gesichert und ermöglicht. Insgesamt brachte die Jahrestagung 130 aktive Teilnehmende (davon 72 männlich, 48 weiblich; mit Sprecherrolle: 10 Männer und 12 Frauen) aus Wissenschaft, der praktischen Europapolitik (Bundesregierung, Bundestag, EU-Organe) und Zivilgesellschaft aus den jeweils europaweiten Netzwerken des IEP zusammen. Unter den 130 aktiven Teilnehmenden kamen 84 aus Deutschland, 42 aus weiteren EU-Staaten und 12 aus nicht-EU Staaten.

Link: Programm und Panel Diskussionen

Laufzeit

01.01.2002 – andauernd

Team

Prof. Dr. Frank Schimmelpfennig, Dr. Funda Tekin, Dr. Vittoria Meißner,

Partner

Auswärtiges Amt
Kofinanziert durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union

DNBF - 13. Jahrestagung des Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums

Ausgehend von einem großen Diskussionsbedarf zwischen Deutschland, den baltischen und den nordischen EU-Mitgliedstaaten, bietet das vom IEP jährlich organisierte DNBF seit 2008 Experten:innen aus den Ländern der Region die Möglichkeit, sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Am 4. und am 5. November 2021 tauschten sich insgesamt 58 „Planners“ (Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung) und „Thinkers“ (Vertreter:innen von Forschungsinstituten und Universitäten) aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Schweden im Rahmen des 13. Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums (DNBF) über die Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union aus. Insbesondere diskutierten sie über die Rolle der EU in der aktuellen Weltordnung, ihre demokratischen Werte, die Konferenz zur Zukunft Europas sowie über nachhaltige Gesellschaften.

Das 13. DNBF stand unter dem Titel „2021 – Managing the Future of the European Union by Finding Strength in Unity“. Es wurde mit der freundlichen Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Europe for Citizens Programms sowie in Zusammenarbeit mit dem Latvian Institute of International Affairs (LIIA) virtuell organisiert.

Die Diskussionen des Forums strukturierten sich in einen öffentlichkeitswirksamen und einen geschlossenen Teil. Der öffentliche Teil bildete am 4. November 2021 den Auftakt des Forums. Nach den Einleitungsworten der Direktorin des IEP und des Direktors des LIIA sowie des deutschen Botschafters in Riga, Christian Heldt, wurde das Forum durch eine Videobotschaft von Herrn Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, sowie durch seinen lettischen Counterpart Parlamentarische Staatssekretärin des Außeministeriums der Republik Lettland, Dr. Zanda Kalnina Lukaevica, eröffnet.

Diesen Eröffnungsreden folgte eine breite Diskussion mit dem Publikum, das sowohl aus erfahreneren als auch jungen Wissenschaftler:innen bestand. Im Anschluss an diese Diskussion fand dann am Nachmittag des 4. Novembers sowie am Vormittag des 5. Novembers 2021 der geschlossene Teil statt: Vier Diskussionsrunden in denen entlang vier mit der Zunkunft Europas eng verbundenen Themen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Staaten in der Region identifiziert und diskutiert wurden. In jeder der vier virtuellen Sitzungen wurden die Diskussionen sowohl von Planners als auch Thinkers aus den beteiligten Ländern eröffnet, um dann die Kernfragen in der breiteren Runde zu vertiefen.

Der Austausch zwischen Deutschland und den nordisch-baltischen Staaten dient dazu, ein besseres Verständnis der jeweiligen nationalen Perspektiven auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der EU zu erreichen sowie Lösungsansätze auszuarbeiten. Das DNBF ermöglichte trotz der pandemiebedingten Einschränkungen einen intensiven Dialog und die Ausarbeitung möglicher Ansätze für eine Verbesserung der Zukunft Europas.

Das DNBF leistete außerdem einen Beitrag zur Netzwerkbildung und zum besseren gegenseitigen Verständnis. Die beteiligten Akteur:innen wurden dabei unterstützt, das Wissen um die jeweiligen nationalen Perspektiven und Interessen der übrigen Partnerländer frühzeitig in die eigene Meinungsbildung einzubeziehen, um so Sozialisierungsprozesse zu befördern und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Entsprechend standen im Mittelpunkt des Forums aktuelle Themen der europäischen Innen- und Außenpolitik, die für die Region von hoher Bedeutung sind. Besonderes Augenmerk galt zum einen der Rolle der EU als globalem Akteur. In Anbetracht stetig wechselnder globaler Herausforderungen, reflektierten die Teilnehmenden über die strategische Autonomie der EU gegenüber den USA und der NATO in der Verteidigungspolitik. Ein Hauptproblem sei das fehlende Vertrauen zwischen und in den Mitgliedstaaten selbst, welches gemeinsame Entscheidungen - z.B. in Form einer qualifizierten Mehrheit - in der Außenpolitik behindert. EU-Mitglieder müssten überlegen, wie sie ihre strategische Autonomie gegenüber den USA und NATO in der Verteidigungspolitik anwenden möchten. Die EU kann die NATO nicht ersetzen, sondern nur komplementär sein.

Auch die Schwächen und Herausforderung sowohl der normativen Macht der EU als auch der Konferenz zur Zukunft Europas standen im Mittelpunkt des Forums. Eine der größten Stärken der EU liege in ihrer normativen Macht. Die Werte, die in unserem alltäglichen Leben verankert sind, machen das EU-Projekt resilienter. Allerdings müssten EU-Institutionen insbesondere mit Blick intern auf Polen und Ungarn sowie extern auf Belarus diese demokratische Grundlage aktiv verteidigen.Zudem hindert die geringe mediale Reichweite der *Konferenz zur Zukunft Europas* ihren Nutzen und ihre Effektivität. Auch nach dem geplanten Ende der Konferenz im Frühjahr 2022 müsse die EU Wege finden, um Bürger:innen besser in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

Zuletzt wurden die variierenden Wahrnehmungen des Klimawandels in den Mitgliedstaaten und die Transformationen des European Green Deals breit diskutiert. Um EU-Bürger:innen von den Transformationen des European Green Deals zu überzeugen, sollte eine, an lokale Umstände angepasste, Kommunikation sowie ein Policy Mix zwischen supranationaler und nationaler Ebene zum Einsatz kommen.

Über den Input der Sprecher:innen hinaus fand ein aktiver und angeregter Austausch zwischen allen Teilnehmenden statt. Die vom IEP vorab vorbereiteten themenspezifischen Fact Sheets sowie die Impulsfragen der Moderatorin/des Moderators in der jeweiligen Diskussionsrunde sorgten für den Austausch und die kreative Kraft unter den Teilnehmenden. Das digitale Format des 13. DNBF hat in diesem Sinne die erfolgreiche Tradition eines multilateralen Best-Practice-Austauschs fortgeführt.

Link: DNBF Konferenz 2021

Laufzeit

01.01.2008 – andauernd

Team

Dr. Funda Tekin,

Dr. Vittoria Meißner

Partner

Auswärtiges Amt

European Commission

LATVIAN INSTITUTE OF INTERNATIONAL AFFAIRS

Mittagsgespräche (digital)

Die Mittagsgespräche fördern die europapolitische Debatte in Deutschland. Im Rahmen dieses etablierten Formats analysieren Expert:innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Integration und diskutieren mit dem Publikum. Die Diskussionsveranstaltungen stehen einer breiten Öffentlichkeit offen und machen europapolitisch relevante Themen prägnant und informativ zugänglich. Aufgrund der Pandemie fanden die Mittagsgespräche im Jahr 2021 digital statt, sodass auch weiterhin eine große Bandbreite euroapolitisch Interessierter erreicht werden konnte.

Veranstaltungen:

Die EU-Türkei Beziehungen nach der Tagung des Europäischen Rates: Kann eine positive Agenda funktionieren? 30.03.2021:

Über die besorgniserregenden türkischen Menschenrechts-, Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsstandards haben Expert:innen aus der Politik und Wissenschaft diskutiert. Das Fazit lautet: Die Verbesserung der EU-Türkei Beziehung wird aufgrund vielschichtiger Konflikte gebremst.

Der Europäische Rat vom 25. und 26. März verabschiedete mit der positiven Agenda ein vorläufiges Angebot zur allmählichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Dieses ist jedoch an klare Bedingungen gebunden und beinhaltet die Möglichkeit verschärfter Sanktionen. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen, die von der EU in Aussicht gestellte positive Agenda zur allmählichen Verbesserung der EU-Türkei Beziehungen beitragen kann.

Aufgrund der Vielschichtigkeit der EU-Türkei Beziehungen ist die Gestaltung einer positiven Agenda komplex. So biete die positive Agenda zwar die Möglichkeit für eine konstruktivere Gestaltung der Beziehungen auf mehreren Ebenen. Neben Visaliberalisierung und Konfliktbewältigung in beispielsweise Syrien seien hier vor allem die Modernisierung der Zollunion und eine vertiefte Kooperation in der Migrationspolitik durch die Bereitstellung von EU-Mitteln für Geflüchtete in der Türkei zu nennen. Die positive Agenda sende daher zusammen mit dem konstruktiveren Ansatz der türkischen Außenpolitik der letzten Monate wichtige neue Impulse der Deeskalation und Kooperation.

Allerdings bestehe weiterhin Uneinigkeit über Veränderungen an der EU-Türkei Erklärung über die

Kooperation in der Migrationspolitik von 2016. Zudem verhindere die Weigerung der Türkei, die Zollunion auf die Republik Zypern auszuweiten, eine Modernisierung derselben. Vor allem die Zypernfrage, nun eine der höchsten Prioritäten der europäischen Agenda, und die Situation im östlichen Mittelmeer belasten die EU-Türkei Beziehungen. Die EU sei „hilflos“ im Zypernkonflikt und eine Lösung sei aufgrund der Blockadehaltung beider Parteien unwahrscheinlich. Auch die Situation der türkischen Menschenrechts-, Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsstandards sei sehr besorgniserregend. Zusammenfassend seien die Möglichkeiten für eine substantielle und nachhaltige Verbesserung der EU-Türkei Beziehung durch die positive Agenda aufgrund vielschichtiger Konflikte beschränkt. Nichtsdestotrotz biete die positive Agenda einen konstruktiven wenn auch tentativen Vorschlag für eine schrittweise Annäherung.

In Kooperation mit:

ΕΛΙΑΜΕΠ ELIAMEP
ΕΛΛΗΝΙΚΟ ΙΔΡΥΜΑ ΕΥΡΩΠΑΪΚΗΣ & ΕΞΩΤΕΡΙΚΗΣ ΠΟΛΙΤΙΚΗΣ
HELLENIC FOUNDATION FOR EUROPEAN & FOREIGN POLICY

Auf dem Weg zu einer echten Gesundheitsunion 05.10.2021:

Pandemie weiter bekämpfen, Strukturen verbessern, Verträge neu denken – Dr. Thomas Steffen, Staatssekretär des Bundesgesundheitsminsteriums, hat eine europäische Gesundheitsunion gemeinsam mit den Gästen des Mittagsgesprächs diskutiert.

Seit Pandemiebeginn handeln die EU-Mitgliedsstaaten, insgesamt erfolgreich, im Spannungsbogen zwischen europäischer Solidarität und Schutz der nationalen Bevölkerung. Nach wie vor hat die Pandemiebekämpfung für die Bundesregierung höchste Priorität.

Die Pandemie ist erst vorbei, wenn sie auch global

eingedämmt ist. Deswegen ist es elementar, Impfdosen mit Drittstaaten zu teilen. Eine europäische Regelung der Impfstoffabgabe böte sich hier an, ähnlich wie bei der Impfstoffbeschaffung. Dafür müssen kreative Wege gefunden werden, die EU-Verträge vollumfänglich auszuschöpfen.

Es gilt, die Strukturen der europäischen Gesundheitspolitik stetig zu verbessern, solange durch die Pandemie noch die Dringlichkeit zu handeln gegeben ist: das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) muss gestärkt werden; eine EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) wurde bereits geschaffen.

Eine Gesundheitsunion schließt Vertragsänderungen nicht aus. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein vielversprechender Rahmen, darüber nachzudenken.

Das virtuelle Mittagsgespräch „Die Lehren der Covid-19-Pandemie: Auf dem Weg zu einer echten Gesundheitsunion“ ist vom IEP organisiert worden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Funda Tekin, einer der beiden Direktorinnen des IEP. Dr. Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, begrüßte die Teilnehmenden.

Laufzeit

01.01.2001 – andauernd

Team

Dr. Katrin Böttger,

Julian Rappold,

Simone Klee

Partner

Auswärtiges Amt

Otto Wolff Stiftung

Kofinanziert durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union

Europäische Kommission
Vertretung in Deutschland

(Online-) Bürgerdialoge

Der Online-Bürgerdialog ermöglicht es Bürger:innen mit Expert:innen und Politiker:innen in unabhängige, sachliche und ergebnisoffene Diskussionen zu treten. Ziel ist die Teilhabe am europäischen Projekt sowie die kritische und konstruktive Begleitung des aktuellen Diskurses.

Bürger:innen sollen nicht nur am Wahltag eine Stimme haben! Die interaktiven, unabhängigen und überparteilichen Bürgerdialoge ermöglichen eine offene Diskussion zu aktuellen Fragen der Europäischen Union. Der Austausch zwischen Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen wird gefördert, gesellschaftliche Themen, wie der Green Deal, Digitalisierung und Brexit werden breit diskutiert. Wichtig ist der regionale Bezug zur europäischen Politik. Des Weiteren stellen sich Expert:innen und Entscheidungsträger:innen dem Dialog mit den Bürger:innen, damit sie sich selbst ein umfassendes Bild machen können.

Die Bürgerdialoge werden von dem überparteilichen Mitgliederverein Europa-Union Deuschland e.V. gemeinsam mit einer Vielzahl von Partner:innenorganisationen aus allen Bereichen der Gesellschaft organisiert, darunter auch das Institut für Europäische Politik. Auch im Pandemiejahr 2021 konnten fünf Bürgerdialoge zu aktuellen Themen stattfinden:

Oh Dear? Herausforderungen der EU-UK-Beziehungen nach dem Brexit (24.03.2021)

Mehr als 200 Teilnehmende haben gemeinsam mit Annette Dittert aus dem ARD-Studio London und mit Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel des Europäischen Parlaments, über die Auswirkungen des Brexits auf die Medienlandschaft, die bilateralen Beziehungen sowie über die Unabhängigkeit von Schottland gesprochen. Das Thema Brexit werde in der britischen Öffentlichkeit weitgehend vermieden, in den Medien werde kaum darüber berichtet, da der öffentlich-rechtliche Sender von Politiker:innen Einschüchterungen erfahren habe. Damit blieben wenige Medien, die sachlich und unvoreingenommen berichten, kritisiert Annette Dittert. Gleichzeitig diene die erfolgreiche Impfkampagne der britischen Regierung als Beweis, dass sich der Austritt aus der EU gelohnt habe. Wie es mit der EU und Großbritannien nun weitergeht sei ungewiss, so Bernd Lange. Europa muss sich in Zukunft wohl darauf einstellen, dass Großbritannien eigene Wege geht, die besonders der EU nicht immer gefallen.

Link zum Bürgerdialog 2021/01

Orientierungslos auf der Weltbühne? Die EU-Außenpolitik zwischen China, Russland und den USA (21.04.2021)

Wie viel europäische Autonomie ist notwendig und wie sollte sich die EU international positionieren? Während im Wirtschaftsbereich weitgehende Kompetenzen bei der EU-Kommission liegen, sind Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin national geprägt. Dies erschwert die gemeinsame Antwort auf globale Herausforderungen, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen zwischen den Weltmächten China und USA. Gemeinsam mit 180 Bürger:innen diskutierten Dr. Funda Tekin, Direktorin des Instituts für Europäische Politik, und David McAllister, CDU-Europaabgeordneter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Dabei wurde schnell klar, dass die EU Außenpolitisch vor vielen Herausforderungen steht: Migrationsbewegungen über das Mittelmeer, die Beziehungen zur Türkei und der Brexit sind nur einige Beispiele.

Gleichzeitig ist China mit verstärkt geopolitischen und militärischen Ambitionen ein neuer wichtiger Spieler auf dem politischen Feld. Die EU und China verfolgen dabei unterschiedliche Interessen, so McAllister, und die EU stehe vor der Frage, wie sich wirtschaftliche Interessen mit einer wertegeleiteten Außenpolitik, etwa mit Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen, vereinbaren lassen. Sowohl Tekin als auch McAllister erachten das transatlantische Verhältnis und insbesondere die NATO als unverzichtbare Konstanten in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik.

Link zum Bürgerdialog 2021/02

Crossroads Europe: Die Zukunft der EU-Afrika-Beziehungen (20.05.2021)

Über 100 Bürger:innen sprachen mit Dr. Christine Hackenesch, Regionalkoordinatorin für Afrika des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Dr. Boniface Mabanza, Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika, und dem Europaabgeordneten Jan-Christoph Oetjen über die engen Verflechtungen zwischen Europa und Afrika.

Bis heute ist in Europa ein Bild vorherrschend, dass Afrika als einen von Kriegen, Krankheit und Armut geprägten Kontinenten zeichnet. Eine differenziertere Wahrnehmung und eine Überwindung des kolonialen Blicks auf Afrika sei daher dringend nötig, so die Teilnehmenden. Zudem seien in Bezug auf die profitorientierte EU-Handelspolitik neue Zukunftsmodelle und Kooperationsformen unabdinglich. Zum Beispiel müsse die Wertschöpfung von verarbeiteten Produkten in Afrika stattfinden, ein gemeinsames Lernen angesichts globaler Herausforderungen erfolgen, und nachhaltige Entwicklung und Bildung verstärkt in den Blick genommen werden. Jan-Christoph Oetjen stimmte insbesondere der Forderung zu, dass eine Förderung der Jugend im Globalen Süden sinnvoll sei.

Link zum Bürgerdialog 2021/03

Die EU muss klimaneutral werden – Die deutsch-skandinavische Jugend im Austausch (31.05.2021)

Delara Burkhardt, Mitglied im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments, und Monika Skadborg, Vorsitzende des dänischen Jugendklimarates und Botschafterin des Europäischen Klimapaktes, sprachen mit 85 Teilnehmenden aus Deutschland und Skandinavien über ein klimagerechtes, gesell-

schaftlich und sozial nachhaltiges Europa. Burkhardt betonte dabei, wie wichtig der Einsatz von jungen Europäer:innen sei. Ohne Fridays for Future hätte es ihrer Meinung nach keinen Green Deal gegeben. Trotz dieses Erfolgs fließe nach wie vor zu viel Geld in nicht-grüne Investitionen, kritisierte Skadborg. Die EU müsse gemeinsam mit der Privatwirtschaft Geld für die 'Klimawende' bereitstellen und konsequenter für die Umsetzung der EU-Richtlinien in den Mitgliedstaaten sorgen.

Darüber hinaus müsse die Klimakrise als systemische Krise behandelt werden, der man ganzheitlich und intersektional begegnen müsse: Klima und Feminismus, Klima und Rassismus, Klima und Gesundheit sowie Klima und Gerechtigkeit müssten zusammen gedacht werden.

Link zum Bürgerdialog 2021/04

The Future is Female! Forderungen von Frauen an die Konferenz zur Zukunft Europas (15.06.2021)

Dr. Hannah Neumann, Mitglied des Europäischen Parlaments für Bündnis 90/Die Grünen, setzte sich gemeinsam mit Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Europäische Integration und den Teilnehmenden des Bürgerdialogs, mit den Forderungen von Frauen an die Konferenz zur Zukunft Europas auseinander.

Tolerante Aufklärung durch Bildung, eine Frauenquote für Führungspositionen oder die Stärkung von Frauennetzwerken sind Forderungen der Teilnehmer*innen, um die Zukunft der Frauen in der EU positiv zu beeinflussen. Viele der Vorschläge für mehr Geschlechtergleichheit, wie bspw. die Beseitigung des Gender Pay Gaps, blieben jedoch häufig im Rat der Europäischen Union stecken, so Dr. Neumann. Ambitionen und Forderungen werden also in

der EU gehört, aber scheitern letztendlich an den nationalen Regierungen. Parität in den Parlamenten sei daher besonders wichtig, so Neumann. Im Europäischen Parlament sitzen aktuell 39,4 Prozent Frauen. Das ist zwar mehr als im Deutschen Bundestag, aber immer noch fast zehn Prozent entfernt von einer paritätischen Besetzung. Auch befinden sich Frauen noch häufig in Ausschüssen, die als „klassische Frauenthemen" wahrgenommen werden. Eine Lösung dafür wäre eine Quotierung der Wahllisten, die zu einer paritätischen Vergabe von Mandaten führt.

Link zum Bürgerdialog 2021/05

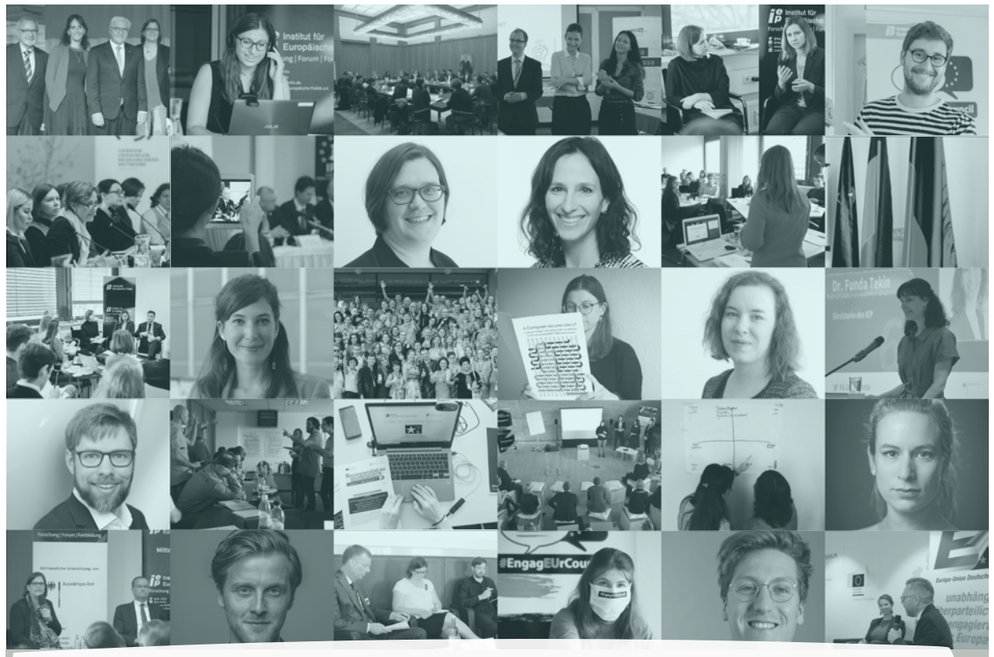
EUROPA
WIR MÜSSEN REDEN!

Laufzeit

01.01.2014 – andauernd

Partner

EuropaUnion Deutschland



Hintergründe zur Arbeit des IEP

Seit 1959 ist das IEP als gemeinnützige Organisation auf dem Gebiet der europäischen Integration tätig. Es verbindet in seiner Forschungsarbeit die Analyse aktueller Themen mit der Studie langfristiger Entwicklungen in der Europapolitik. Dabei verfolgt das IEP einen interdisziplinären Ansatz. In seinen Aktivitäten kombiniert das IEP fachspezifischen Wissens- und Kompetenztransfer mit innovativen, interaktiven Methoden, Erfahrungsaustausch und Netzwerkbildung. Hierzu dienen virtuelle Veranstaltungen im kleinen Kreis oder unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, bei denen wir Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammen bringen.

Mit Blick auf seine Zielgruppen setzt sich das IEP darüber hinaus insbesondere für die Einbeziehung der europäischen Jugend durch die Umsetzung von Jugendbefähigungsprojekten ein.

Das Institut für Europäische Politik ist Gründungsmitglied der Trans European Policy Studies Association (TEPSA) mit Sitz in Brüssel und seit 1962 Mitglied der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD). Das IEP ist wissenschaftlicher Partner der Europa Union Deutschland (EUD), der größten Bürgerinitiative für Europa in Deutschland.

Das IEP wird im Rahmen des Citizens, Equality, Rights and Values Programms 2021-2027 der Europäischen Union finanziert. Es verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk deutscher und internationaler Partner und Förderer (z.B. Auswärtiges Amt, Stiftung Mercator, Horizon Europe).

Kommunikationsaktivitäten – Analyse für 2021

Im Laufe des letzten Jahres hat das IEP eine neue Webseite entwickelt und aufgesetzt. Sie zeichnet sich durch ihre intuitive Handhabung und klares Design vor allem durch ihre Nutzer:innenfreundlichkeit aus. Zudem verfolgt die Webseite einen inhaltsbasierten und projektorientierten Ansatz. Eine intelligente Verschlagwortung macht die Seite zu einer Wissensplattform, durch welche sich ein breites Publikum politisch informieren kann. Alle Aktivitäten und Publikationen des IEP sind einfach auf der neuen Website zu finden. Das neue Corporate Design des IEP kommuniziert das IEP und die Individualität der Projekte mit einem klaren Wiederkennungswert nach außen.

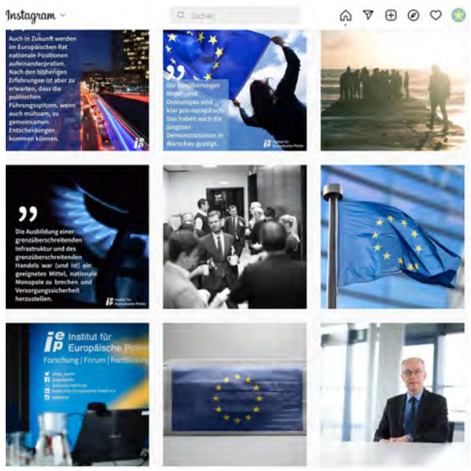
Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die Kommunikationsabteilung in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung optimiert und weiterentwickelt. Ziel ist es, den europäischen Gedanken in der Öffentlichkeit zu fördern und zu verbreiten, über europapolitische Entwicklungen zu bilden sowie über IEP-Aktivitäten zu informieren. Hierbei bot die Bundestagswahl 2021 eine besondere Möglichkeit, europapolitischen Themen eine besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu geben. Des Weiteren stellten die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die europäische Integration, sowie die Konferenz zur Zukunft Europas besondere Schwerpunkte der Kommunikationsaktivitäten dar. IEP-Mitarbeitende gaben Interviews in der nationalen und internationalen Presse, um aktuelle europapolitische Entwicklungen zu kommentieren und einzuordnen.

Um IEP Inhalte effizient nach außen zu kommunizieren, sind sowohl interne als auch externe Kommunikationsstrukturen überarbeitet worden. Beispielsweise achten wir verstärkt auf eine vielfältige Verwendung eigener Projektinhalte. Diese sollen einen inhaltlichen Mehrwert bieten und neben der Information über Projektaktivitäten auch einen Bildungsanspruch verfolgen.

Sowohl auf der Website, als auch in den Sozialen Medien achtet das IEP darauf, eine einfach verständliche und gendergerechte Sprache zu verwenden, so dass auch komplizierte Inhalte ein breites, diverses Publikum erreichen können. Inhalte werden kurz und prägnant aufbereitet. Auch trägt eine ausgewogene Anzahl englischer Beiträge dazu bei, ein breiteres, nicht-deutschsprechendes Publikum zu erreichen.

Integraler Bestandteil der IEP-Kommunikationsarbeit sind der monatliche Newsletter und Mailings, die über neue Publikationen informieren. Diese tragen maßgeblich dazu bei, IEP Inhalte, Veranstaltungen sowie wissenschaftliche Publikationen an das große und internationale Netzwerk des IEP zu kommunizieren.

Durch die anhaltende COVID-19-Pandemie und interne Umstrukturierung sind insbesondere die Online- sowie Social-Media-Aktivitäten auf unseren Kanälen (Instagram, Facebook, LinkedIn, Twitter) deutlich verstärkt worden.



Die Nutzung der Story Funktion des Instagram Accounts trägt dazu bei, Bildungsinhalte zu Themen der europäischen Integration sowie die IEP-Aktivitäten an ein jüngeres Publikum heranzutragen.

Insbesondere im Umfeld von Veranstaltungen und Konferenzen war das IEP mit wichtigen Aussagen zur Europapolitik in den sozialen Medien präsent. Ein kontinuierlicher inhaltlicher Schwerpunkt lag in 2021 dabei auf der Analyse und Bewertung des deutschen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union sowie der Bundestagswahl, die im Rahmen verschiedener Publikationen, Interviews und Vorträge begleitet wurde.

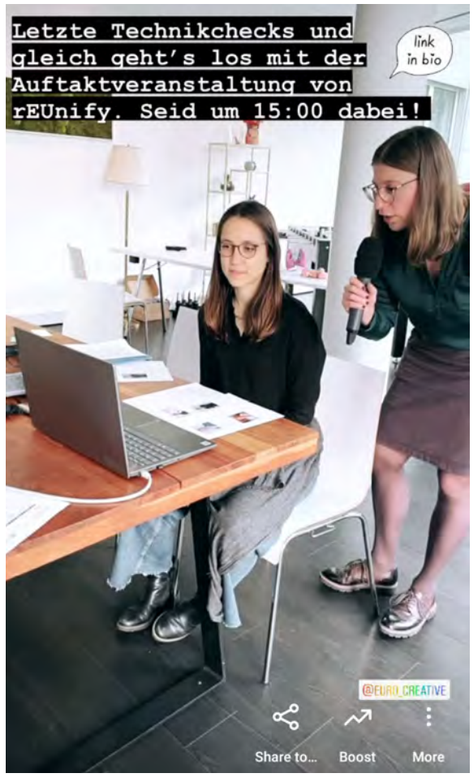
Als Folge dessen ist ein Anstieg der Seitenaufrufe der IEP Homepage und auch ein signifikanter Zuwachs bei Follower:innen Zahlen der Social Media Kanäle zu verzeichnen. Bei allen Aktivitäten führt das IEP ein stetiges Monitoring und Auswertung seiner Kommunikationsarbeit (insb. in Bezug auf Onlineaktivitäten, Presseresonanz) mittels online Analyse-Tools durch und passt seine Strategie dementsprechend an.

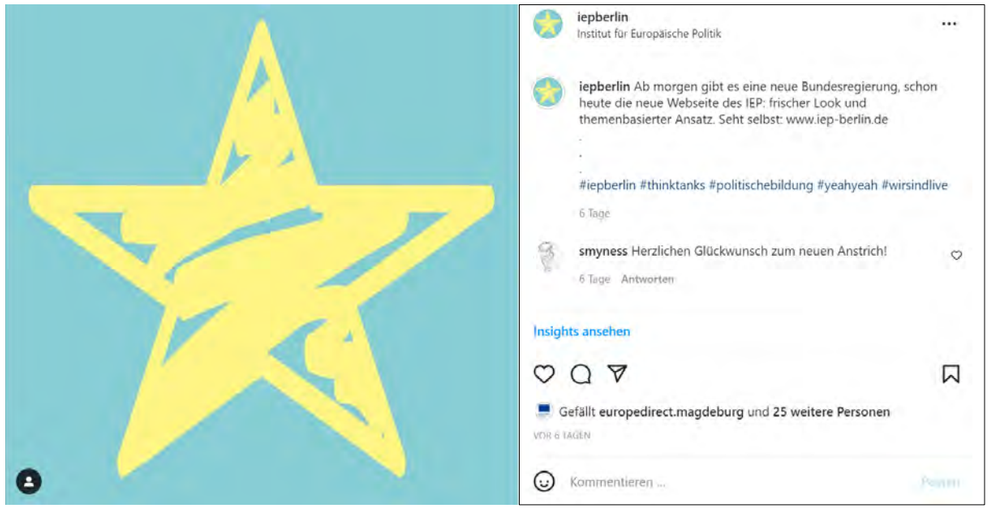
- Instagram: 526 Follower:innen + 35 % im Vergleich zu 2020
- Twitter: 3.409 Follower:innen +9% im Vergleich zu 2020
- Facebook: 3.568 Follower:innen + 8% im Vergleich zu 2020
- LinkedIn 1.832 Follower:innen
- IEP Webseite: 46.589 Nutzer:innen +8% im Vergleich zu 2020

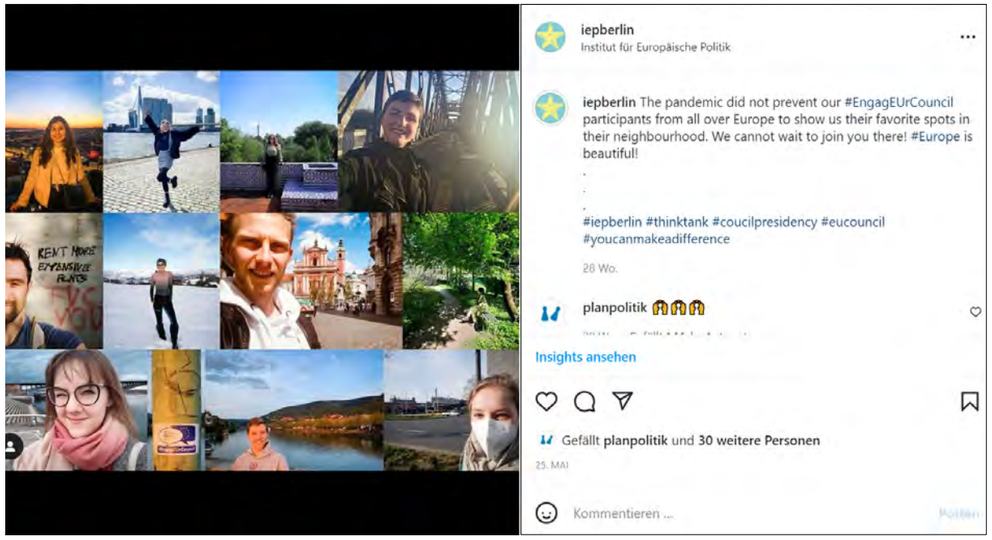
Darüber hinaus sind folgende statistische Daten gesammelt worden, die vom Algorithmus der jeweiligen Plattform abhängig sind:

- Auf Instagram gab es pro Monat im Durchschnitt 2.416 Impressionen.
- Durchschnittlich wurde pro Monat mit den Twitter Beiträgen 474-mal interagiert.

Beispiele für Beitrage und Ankündigungen von Veranstaltungen und Publikationen in digitalen Medien







Top-Tweet 3.402 Impressions bekommen

#UkraineBreakfastDebate ->Despite some of its weaknesses, the Crimea Platform is an initiative worth supporting! Now it is all about the right implementation. That was the consensus between the speakers Wilfried Jilge, Oleksiy Melnyk and Dr Susan Stewart. **#GURN** pic.twitter.com/UJzWJnQx6m

3 21

Top-Tweet 2.310 Impressions bekommen

How much change or continuity will a new **#AmpelCoalition** in Germany bring for Europe? Concrete actions on **#institutionalreform** and **#values**, **#foreignpolicy** & **#greeneconomy** and **#finance** will illustrate level of ambition. Read our latest **#BerlinPerspectives**: iep-berlin.de/en/rwhIL pic.twitter.com/6hVqobh4OA

1 3

IEP-Berlin
@IEP_Berlin

Nachdem der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" vor der politischen Instrumentalisierung von Migranten:innen durch das belarussische Regime warnte, wird der Europäische Rat das Thema weiter diskutieren. Lest unsere Handlungshinweise zum Umgang Belarus. iep-berlin.de/Lxusr

EUD Bürgerdialoge und 4 weitere Personen

Top-Tweet 2.037 Impressions bekommen

Junior researchers from **#EasternEurope**, **#SouthCaucasus** and **#CentralAsia**: Apply for the Eurasia Lab & Fellowship now! Get a scholarship to realise your projects and be part of IEP's major network. (Deadline: 02 August)iep-berlin.de/en/1HLgz pic.twitter.com/OvSvh8hKp4

5 7

Team

Inga Kjer,

Laura Worsch

Partner

Auswärtiges Amt

Kofinanziert durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union

Gremien des IEP

Vorstand (Stand November 2021)

Prof. Dr. Johannes Pollak
Vorstandsvorsitzender des IEP; Rektor der Webster Vienna Private University, Wien

Dr. Wolf-Ruthart Born
Stellvertretender Vorsitzender IEP; Staatssekretär a.D., Berlin

Dr. Werner Hoyer
Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; Präsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; European Politics, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Dr. Franz Schoser
Schatzmeister des IEP; Vorstandsvorsitzender, Otto Wolff Stiftung, Köln (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Prof. Dr. Michèle Knodt
Vorstandsvorsitzende des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI); Technische Universität Darmstadt

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Berlin

Prof. Dr. Gaby Umbach
GlobalStat Direktorin am Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSCAS), Europäisches Hochschulinstitut (EUI), Florenz

Prof. Dr. Wolfgang Wessels
Ehrenvorsitzender des Vorstands des IEP; Direktor, CETEUS Centre for Turkey and European Union Studies, Jean Monnet Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

Dr. Jürgen Trumpf
Ehrenmitglied des Vorstands des IEP; Generalsekretär a.D. des Rates der Europäischen Union; Staatssekretär a.D. des Auswärtigen Amtes, Bonn

Versammlung der Kurator:innen (Stand November 2021)

Dr. Werner Hoyer
Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; Präsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg

Elmar Brok
Vizepräsident des IEP; Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.; Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland, Bielefeld

Prof. Dr. Sabine Saurugger
Vizepräsidentin des IEP; Direktorin der Sciences Po Grenoble; Ehrenmitglied des Institut Universitaire de France (IUF)

Axel Schäfer, MdB
Vizepräsident des IEP; Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Berlin; Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Straßburg

Katrin Albsteiger
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Ulm

Peter Altmaier, MdB
Geschäftsführender Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Berlin

Katarina Barley, MdEP
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Bundesministerin a.D., Brüssel

Doris Barnett, MdB
Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Berlin

Dr. Franziska Brantner, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), Berlin

Michael Clauß
Botschafter, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, Brüssel

Prof. Dr. Dr. h.c Thomas von Danwitz
Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Luxemburg

Axel Dittmann
Europadirektor a.i., Auswärtiges Amt, Berlin (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Claudia Dörr-Voß
Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Dr. Anne Duncker
Leiterin Bereich Europa, Stiftung Mercator, Essen

Dr. Markus Felsner
Direktor Felsner Artists GmbH, München

Günter Gloser
Staatsminister a.D., Nürnberg

Prf. Dr. Daniel Göler
Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik, Universität Passau

Alexander Graf Lambsdorff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Berlin

Serap Güler
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Berlin; ehem. Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Florian Peter Hahn, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU), Berlin

Prof. Dr. Pascal Hector
Botschafter, Deutsche Botschaft Kopenhagen

Prof. Dr. Friedrich Heinemann
Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

Dr. Tessen von Heydebreck
Deutsche Bank Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Rudolf Hrbek
Ehrenpräsident des Arbeitskreises Europäischer Integration, Tübingen/Berlin; Eberhard Karls Universität Tübingen

Prof. Dr. Mathias Jopp
Ehemaliger Direktor des Instituts für Europäische Politik, Berlin; Honorarprofessor der Universität Passau und der Eberhard Karls Universität Tübingen; Moduldirektor für European Studies, Centre international de Formation Europeenne (CIFE), Nizza/Berlin

Steffen Kampeter
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeververbande (BDA), Berlin; Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Arndt G. Kirchhoff
Geschäftsführender Gesellschafter und CEO, Kirchhoff Gruppe, Iserlohn; Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

Prof. Dr. Mareike Kleine
Associate Professor in EU Politics, London School of Economics, London/Berlin

Moritz Körner, MdEP
Fraktion Renew Europe, Europäisches Parlament, Brüssel

Andreas Krautscheid
Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin

Gunther Krichbaum, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Berlin

Jo Leinen
Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., Brüssel/Saarbrücken

Michael Leutert
Direktor, UNDP Repräsentationsbüro Deutschland, Bonn

Michael Georg Link, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Berlin; Staatsminister a.D.

Prof. Dr. Hartmut Marhold
Honorarprofessor an der Universität zu Köln, ehemaliger Generaldirektor des Centre International de Formation Europeenne, Berlin

Yves Mersch
Ehem. Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt a.M.

Silke Mülherr
Alfred Landecker Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff
Universität Heidelberg; Präsident des Arbeitskreises Europäische Integration, Berlin (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Günther Oettinger
Geschäftsführer der Oettinger Consulting Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, Hamburg; EU-Kommissar a.D., Brüssel

Christian Petry, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Berlin

Hans-Gert Pöttering
Ständiger Gast des Vorstands der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Herbert Reul
Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Annette Riedel
Redakteurin, Autorin und Moderatorin beim Deutschlandfunk Kultur, Berlin

Michael Roth, MdB
Geschäftsführender Staatsminister für Europa, Auswärtiges Amt, Berlin

Manuel Sarrazin
Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), Berlin

Wolfang Schmidt
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Dr. Franz Schoser
Schatzmeister des IEP; Vorstandsvorsitzender, Otto Wolff Stiftung, Köln (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Martin Schulz
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin; ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestags, Berlin; Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Dr. Eric Schweitzer
Ehrenpräsident, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin

Dr. Linn Selle
Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Berlin (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Prof. Dr. Martin Selmayr
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien; Generalsekretär der Europäischen Kommission a.D.

Norbert Spinrath
Ehemaliger europapolitischer Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, Berlin

Stephan Steinlein
Chef des Bundespräsidialamtes, Berlin

Prof. Dr. Alexander Stubb
Direktor, School of Transnational Governance, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz; Ministerpräsident Finnlands a.D.

Dr. Jürgen Trumpf
Ehrenmitglied des Vorstands des IEP; Generalsekretar a.D. des Rates der Europäischen Union; Staatssekretär a.D. des Auswärtigen Amtes, Bonn

Manfred Weber, MdEP
Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Europäisches Parlament, Brüssel

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München

Klaus Welle
Generalsekretar des Europäischen Parlaments, Straßburg

Prof. Dr. Wolfgang Wessels
Ehrenvorsitzender des Vorstands des IEP; Direktor, CETEUS Centre for Turkey and European Union Studies, Jean Monnet Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

Dr. Sabine Weyand
Generaldirektorin der Generaldirektion Handel, Europäische Kommission, Brüssel

Rainer Wieland, MdEP
Präsident der Europa-Union Deutschland, Berlin; Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Brüssel (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Marco Wölflinger
Vorsitzender des Vorstands, ASKO Europa-Stiftung, Saarbrücken (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Prof. Dr. iur. Joachim Wuermling LL.M.
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main; Staatssekretär a.D.

Das wissenschaftliche Direktorium (Stand November 2021)

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; European Politics, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Prof. Dr. Gabriele Clemens
Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Direktoriums; Universität Hamburg (em.)

Prof. Dr. Friedrich Heinemann
Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

Prof. Dr. Gabriele Abels
Eberhard Karls Universität Tübingen

Dr. Katrin Auel
Institut für Höhere Studien, Wien

Priv.-Doz. Mag. Dr. Barbara Bach-Hönig
Universität Graz

Prof. Dr. François Bafoil
CNRS/Centre d'Études et de Recherches Internationales (CERI), Paris

Prof. Dr. Michael W. Bauer
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Prof. Dr. Timm Beichelt
Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Roland Bieber
Universität Lausanne

Prof. Dr. Katharina Bluhm
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Tanja A. Börzel
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Ellen Bos
Andrássy Universität Budapest

Prof. Dr. Simon Bulmer
Universität Sheffield (em.)

Prof. Dr. Rolf Caesar
Universität Hohenheim, Stuttgart

Prof. Dr. Christian Calliess
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Thomas Christiansen
Luiss Università Guido Carli, Rom

Dr. Agnieszka Cianciara
Institute of Political Studies, Polish Academy of Sciences, Warschau

Prof. Dr. Eugénia Da-Conceição-Heldt
Hochschule für Politik München (HfP) an der Technischen Universität München

Prof. Dr. Jaap de Zwaan
Erasmus Universität Rotterdam (em.)

Prof. Dr. Thomas Diez
Universität Tübingen

Prof. Dr. Christian Dreger
Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Sandra Eckert
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Piret Ehin
Universität Tartu

Prof. Dr. Henrik Enderlein †
Hertie School of Governance, Berlin; Jacques Delors Centre, Berlin

Prof. Dr. Gerda Falkner
Institut für europäische Integrationsforschung (EIF), Universität Wien

Prof. Dr. Tina Freyburg
Universität St. Gallen

Prof. Dr. Stefan Fröhlich
Universität Erlangen-Nürnberg

Ralf Fücks
Zentrum Liberale Moderne, Berlin

Prof. Dr. Björn Hacker
Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Dr. Vladimir Handl
Institute of International Relations, Prag

Prof. Dr. Ines Härtel
Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Miriam Hartlapp
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. András Inotai
Centre for Economic and Regional Studies, Hungarian Academy of Sciences, Budapest

Prof. Dr. Markus Jachtenfuchs
Hertie School of Governance, Berlin

Prof. Dr. Thomas Jäger
Universität zu Köln

Dr. Thomas Jansen
"Liberidea", Triest

Prof. Dr. Charlie Jeffery
University of York

Prof. Dr. Michael Kaeding
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Hartmut Kaelble
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Claudia Kemfert
Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW), Berlin

Prof. Dr. Michèle Knodt
Vorstandsvorsitzende des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI); Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Wim Kösters
RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Prof. Dr. Beate Kohler-Koch
Universität Mannheim

Prof. Dr. Markus Kotzur
Universität Hamburg

Dr. Petr Kratochvíl
Institute of International Relations, Prag

Prof. Dr. Theresa Kuhn
University of Amsterdam

Prof. Dr. Sandra Lavenex
Universität Genf, Schweiz

Prof. Dr. Christian Lequesne
Centre d'Études et de Recherches Internationales (CERI), Paris

Dr. Barbara Lippert
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Prof. Dr. Wilfried Loth
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Siegfried Magiera
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Prof. Dr. Andreas Maurer
Universität Innsbruck

Prof. Dr. Franz Mayer
Universität Bielefeld

Dr. Nikolaus Meyer-Landrut
Botschafter der Europäischen Union in der Türkei, Leiter der EU-Delegation in der Türkei, Ankara

Prof. Dr. Gabriele Metzler
Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Antonio Missiroli
Stellvertretender Generalsekretär der North Atlantic Treaty Organization für neu entstehende Sicherheitsherausforderungen im NATO-Hauptquartier in Brüssel

Prof. Dr. Jürgen Mittag
Deutsche Sporthochschule Köln

Prof. Dr. Jörg Monar
Europa-Kolleg Brügge

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
Universität Würzburg

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff
Universität Heidelberg; Präsident, Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin

Prof. Dr. Richard Münch
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Prof. Dr. Martin Nettesheim
Universität Tübingen

Prof. Dr. Christine Neuhold
Universität Maastricht

Prof. Dr. Hanspeter Neuhold
Diplomatische Akademie Wien

Dr. Dietmar Nickel
Generaldirektor a.D. des Europäischen Parlaments, Hamburg; Research Fellow, Institute für European Integration, Europa-Kolleg Hamburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nussberger
Universität zu Köln, ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Straßburg

Prof. Dr. Renate Ohr
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. William E. Paterson
Aston Universität, Birmingham

Prof. Dr. Ingolf Pernice
Professor (a.D.) für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Humboldt-Universität, Berlin

Prof. Dr. Johannes Pollak
Vorstandsvorsitzender; Direktor der Webster Vienna Private University, Wien

Prof. Dr. Uwe Puetter
Europa-Universität Flensburg

Prof. Dr. Sonja Puntscher-Riekmann
Universität Salzburg

Prof. Dr. Thomas Risse
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Berthold Rittberger
Ludwigs-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Lenka Rovná, CSc.
Karls-Universität Prag

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS, Berlin

Prof. Dr. Stephanie Schiedermair
Universität Leipzig

Prof. Dr. Joachim Schild
Universität Trier

Prof. Dr. Stefanie Schmahl, LL.M.
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. Dr. Tobias Schumacher
College of Europe, Natolin

Dr. Daniela Schwarzer
Geschäftsführerin für Europa und Eurasien der Open Society Foundations (OSF); ehem. Otto Wolff-Direktorin, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Prof. Dr. Klaus Segbers
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Reimund Seidelmann
Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Carina Sprungk
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Prof. Dr. Hans Stark
Institut français des relations internationals (IFRI), Paris

Prof. Dr. Daniel Thym
Universität Konstanz

Prof. Dr. Florian Trauner
Vrije Universiteit Brüssel

Prof. Dr. Henrik Uterwedde
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

Prof. Dr. Armin von Bogdandy
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Dr. Silvia von Steinsdorff
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Stefanie Walter
Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Winzen
University of Essex

Prof. Dr. Michael Zürn
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Ondrej Ditrych
Institute of International Relations, Prag

Thomas Krüger
Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung, Bildungszentrum Eichholz, Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling

Dr. Otto Schmuck
Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland, Berlin

PD Dr. Matthias Waechter
Generaldirektor, Centre international de formation européenne (CIFE), Nizza

Dr. Jörg Wojahn
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Prof. Dr. Michael Kreile
Ehrenmitglied; Professor i.R., Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Dieter Biehl
Ehrenmitglied;Universität Frankfurt am Main (em.)

Dr. Klaus Hänsch
Ehrenmitglied; Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Erkrath

Prof. Dr. Hans-Eckart Scharrer
Ehrenmitglied; Vizepräsident a.D., HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Team des IEP

Geschäftsführung

Dr. Katrin Böttger
Direktorin

Dr. Funda Tekin
Direktorin

Henrik von Homeyer
Wissenschaftlicher Referent

Dominic Maugeais
Wissenschaftlicher Referent

Dr. Vittoria Meißner
Wissenschaftliche Referentin

Julian Rappold
Wissenschaftlicher Referent

Inga Kjer
Referentin für Kommunikation

Simone Klee
Assistentin der Geschäftsführung

Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen

Friederike Augustin

Yvonne Braun

Laura Christoph

Sabine Hoscislawski

Ljudmyla Melnyk

Dr. Manuel Müller

David Nonhoff

Julian Plottka

Sabine Schittek

Jana Schubert

Laura Worsch

Verwaltung

Marion Ende
Leitung Finanzen und Personalwesen

Jennifer Drömer
Finanzbuchhalterin

Studentische Mitarbeiter:innen

York Albrecht

Jula Bartscher

Janin Blunert

Lennart Belke

Anton Bewerunge

Nicolas Butylin

Paul Elkenhans

Christina Goßner

David Gottheit

Lukas Haunhorst

Benedict Heidgen

Julika Holdmann

Sara Kibler

Lukas Kolloge

Janika Lohse

Rita Luciana Maglio

Annika Memmel

Julina Mintel

Arthur Molt

Marlies Murray

John Niedergesäss

Mona Richter

Elisabeth Starck

Carina Trepke

Assoziierte Mitarbeiter:innen

Alberto Cunha
Research Associate

Prof. Dr. Björn Hacker
Research Associate

Prof. Dr. Michael Kaeding
Senior Research Fellow

Dr. Frédéric Krumbein
Research Associate

Assoz. Prof. Dr. Ebru Turhan
Senior Research Fellow

Stand des Jahres 2021.

Impressum

Tätigkeitsbericht 2021

Herausgeberinnen:
Katrin Böttger, Direktorin
Funda Tekin, Direktorin

© Institut für Europäische Politik e.V.
September 2022
Alle Rechte vorbehalten

Redaktion:
Julia Winter
Sophie Morár

Layout:
Julia Winter
Umschlagseite: Djahle Krebs

Alle Abbildungen sind lizensfrei verfügbar oder Eigentum des IEP.

www.iep-berlin.de